



Politische Berichte

Nummer 25 / 14. Jahrgang

3. Dezember 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM



Das PKK-Verbot muß fallen!

Die kurdische Bevölkerung in der BRD hat auf die Verfolgung mit demokratischen Protesten reagiert. Die Kurdinnen und Kurden nehmen nicht Abstand vom Ziel der Unabhängigkeit und von den Organisationen, die dafür kämpfen. Die Verbotspolitik hat auch keineswegs breiten Beifall der deutschen Bevölkerung gefunden. Sogar die Spitzenbeamten tragen Bedenken, und aus der demokratischen Bewegung kommt Protest und Solidarität.

Will die Regierung die eingeleitete Kurdenverfolgung durchziehen und immer mehr Menschen wegen Fortsetzung oder Unterstützung einer verbotenen Vereinigung belangen? Oder will man es bei den jetzigen Schikanen und Drohungen belassen?

Wahrscheinlich beruht das PKK-Verbot auf einer Absprache im Rahmen der NATO. Dafür spricht der zeitliche Zusammenhang mit der Eskalation der Grausamkeiten der TR in Kurdistan und dafür spricht auch, daß die französische Regierung mitzög.

Das läßt erwarten, daß der Krieg gegen das kurdische Volk in den nächsten Monaten weiter eskaliert werden wird — nicht nur von der Türkei, sondern auch von deren NATO-Verbündeten. Und es läßt erwarten, daß die Repressionen gegen die kurdischen Institutionen im Ausland nicht etwa wieder nachlassen, sondern langandauernd härter werden. So schnell gibt die NATO keinen Krieg verloren.

Fest steht, daß die bisherigen Beschlagnahmen und Verbote die Infrastruktur für die Informationsarbeit in deutscher Sprache erheblich zerstört. Die Arbeitsmittel sind beschlagnahmt und die Organisationen verboten. Das offizielle Medienwesen der BRD kann sich einstweilen ungestört an die gelenkte Presse der TR anlehnen.

Fest steht allerdings auch, daß bereits jetzt in einer ganzen Reihe von Städten die Schließung der kurdischen Vereine praktisch nicht aufrecht erhalten wird. Allerdings lassen die Behörden die Benutzung nur unter Bedingungen zu. Z.B. muß ein neuer Verein gegründet werden, der sich auf sog. Kultur und sog. Soziales im allerengstirnigsten Sinne selbstbeschränkt. Oder es müssen Symbole, die auf irgendeinen positiven Bezug zur kurdischen Unabhängigkeitsbewegung und damit zur PKK hinweisen, entfernt werden...

Viele werden sich an die heftigen, bis in den Bundestag hineinreichenden Proteste erinnern, als im letzten Jahr aufzog, daß die BRD der TR Waffen für

den Vertreibungs- und Vernichtungskrieg gegen die Kurden liefert. Die Lieferungen mußten sogar für einige Zeit gestoppt werden. Die beharrliche und oft mühsame politische Arbeit in der BRD lebender Kurdinnen und Kurden hat immer mehr Menschen dazu gebracht, sich in Sachen Kurdistan ein eigenes Bild zu machen. So entstand auf breit angelegter, demokratischer Basis in der deutschen Bevölkerung Verständnis für die kurdischen Anliegen. Die Regierung der BRD konnte unter diesen Umständen entweder die Unterstützung der TR aufgeben oder die Kritik an dieser Unterstützung unterdrücken. Sie hat zusammen mit der TR und den NATO-Partnern den zweiten Weg beschritten.

Für die TR war es möglich, die Grausamkeiten ihrer Kriegsführung solange provozierend zu steigern, bis die kurdische Bevölkerung auch im Ausland mit Aktionen antwortete, die zum Teil aus dem Rahmen der Gesetze gefallen sind.

Für die Behörden der BRD war dies der Anlaß, an solchen Aktionen anzusetzen und sie als typische Politik der PKK zu charakterisieren. Auf diesem Weg stieg Kanthers Ministerium in die Verbotsbegründung ein, die dann mit unappetitlichem Bürokratenfleiß auf die Kriminalisierung von jeder Art kurdischen Unabhängigkeitsstrebens hingeführt wird.

Die Türkische Republik wird sich im Vertreibungs- und Ausrottungskrieg gegen das kurdische Volk aufreiben, wenn sie nicht von der Nato gestützt wird. Die BRD trägt Mitschuld und muß Aufklärung fürchten.

In Kurdistan hat die TR in diesen Wochen erneut große Truppenmassen zusammengezogen, die, zum erheblichen Teil mit Waffen aus Deutschland ausgerüstet und auf Nachschub aus Deutschland angewiesen, auf die Bevölkerung gehetzt werden.

Die Bedenkenlosigkeit, mit der die Bundesregierung eine ganze Bevölkerungsgruppe verfolgt, ihre Institutionen zerschlägt, ihrer Kultur und ihrem sozialen Leben Vorschriften macht, ist beängstigend.

Das wüste Gebahren zeigt aber auch, wo die Schwäche der Kurdistan-Politik der Bundesregierung liegt. Es gibt zu viele Zeugen und aus den Protesten gegen die Kurdenverfolgung kann eine — gerade im einseitigen Dauerwahlkampf — politisch hoch wirksame öffentliche Meinung gegen die Kurdistan-Politik von Kinkel, Kohl und Kanther entstehen. — (maf, rül)

Siehe auch Seite 10.



Die kurdische Bevölkerungsgruppe in der BRD wird auf etwa 450 000 Menschen geschätzt. In den EG Ländern insgesamt leben ungefähr 600 000 Kurden. Ein sehr großer Teil von ihnen nimmt intensiv Anteil an der Entwicklung der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung. Bei großen Demonstrationen und Festen kamen im letzten Jahr — wie im Sommer in Frankfurt — bis zu hunderttausend Menschen zusammen. In der BRD hat der überwiegende Teil der Kurden die türkische Staatsbürgerschaft. Als Ausländer in der BRD entrechtet, werden sie von der Staatsmacht, die in Kurdistan Völkermord betreibt, „konsularisch vertreten“. Die Kurden brauchen auch in der BRD eigene Einrichtungen, einfach zum Überleben. Bei ihrer Teilnahme am politischen Leben der BRD werben die kurdischen Vereinigungen und Organisationen wesentlich um Unterstützung ihres Rechts auf Selbstbestimmung. Die kurdische Unabhängigkeitsbewegung wird oft als eine Art Verschwörung geschildert. Aus Unkenntnis oder Bosheit wird da verkannt, mit wieviel Energie gerade diese Bewegung sich um eine demokratische Einbeziehung möglichst vieler Menschen bemüht. So wurde im vorigen Herbst mit großem Aufwand weltweit Wahlleute für eine kurdische Nationalversammlung gewählt. Allein in Europa beteiligten sich fast 90 000 Menschen (Bilder oben).

Alle Fotos auf dieser Seite: af/mz.

PDS-Sachsen-Anhalt: Neuwahlen!

Am Donnerstag berät der Landtag über die neue Situation

Nach dem Rücktritt der CDU/FDP-Regierung in Sachsen-Anhalt unter Ministerpräsident Münch wegen der vom Rechnungshof festgestellten rechtswidrig überhöhten Gehaltszahlungen an Münch und mehrere Minister tritt die PDS in Sachsen-Anhalt für sofortige Neuwahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt ein. Bis dahin soll eine geschäftsführende Landesregierung aus Mitgliedern der SPD gebildet werden, der die PDS „eine Oppositionspolitik der Sachkritik“ anbietet.

In der Presseerklärung der PDS vom 30. November heißt es unter der Überschrift „Über Neuwahlen aus der Regierungskrise“ mit deutlichem Hinweis auf die Ausschaltung der Regierungskrise durch faschistische Kreise und diesen nahestehende Blätter (Bild-Schlagzeile vom 30. 11.: „Die Absahner-Minister“):

„Die CDU trägt die Hauptschuld für die eingetretene Situation, Verliererin wird jedoch die gesamte parlamentari-

sche Demokratie sein. Deshalb sind Häme und Schadenfreude unangebracht.

1. Ein politischer Neuanfang ist nur mit NEUWAHLEN zu erreichen. Dafür werden wir auch im Landtag eintreten.

2. Die derzeitige Regierungskoalition von CDU und F.D.P. ist weder politisch noch moralisch berechtigt, lediglich eine Auswechslung von Personen vorzunehmen.

Auch angesichts der Realitätsferne und mangelnder Schuldfähigkeit beim Umgang mit dem Minister-Skandal sollte die CDU daran gehindert werden, sich mit der Bildung einer neuen Regierung ihrer Verantwortung zu entziehen.

Dr. Berger ist nicht geeignet, für einen Zuwachs an politischer Kultur im Land zu sorgen.

3. Die PDS Sachsen-Anhalt fordert die SPD und Dr. Höppner auf, in dieser Situation die bekundete Absicht zu verwirklichen und Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die PDS-Fraktion würde daher im Landtag für Dr. Höpp-

ner votieren. Im Falle seiner Wahl sollte Dr. Höppner eine Übergangsregierung bilden, in der alle regierungsbereiten Parteien mitwirken können.

Die PDS würde gegenüber dieser Regierung eine Oppositionspolitik der Sachkritik verfolgen.

Die Landtagsfraktion der PDS sieht die politische Kompetenz dieser Regierung wesentlich in der Vorbereitung von Neuwahlen und wird ihre Arbeit nach dem Sachkundeprinzip fortsetzen. Diese Sacharbeit wird unabhängig von der jeweiligen Regierung geleistet.

4. Zu prüfen ist eine Strafanzeige gegen die Regierung bzw. die betreffenden Regierungsmitglieder.

Im derzeitigen Landtag von Sachsen-Anhalt hat die SPD 25 Mandate, die PDS 13, Bündnis 90/Die Grünen 5, die CDU 44 und die FDP 11. Acht der 106 Parlamentarier sind fraktionslos.

Quelle: Presseerklärung der PDS Sachsen-Anhalt vom 30. 11. 93, Handelsblatt, 29. 11. 93 — (rül)

Vorankündigung

GEHEIM

Sondernummer zu Bad-Kleinen Mit Beiträgen von:

- M. Such, Kritische Polizisten
- J. Korell, Kritische Polizisten
- Ulrich Vultejus (Humanistische Union)
- Rolf Gössner
- A. Maurer / H. Schröder, Büro U. Jelpke, PDS/LL im Bundestag

48 Seiten, Preis 7,50 DM Abonent/inn/en erhalten das Heft als Nr. 4/93 automatisch geliefert!

Bestellungen ab sofort an: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln

Auf Seite 11 dieser Ausgabe:

Der letzte Schuß traf Wolfgang Grams

Von Jürgen Korell

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Mit einem Eklat endete am 19./20. November die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Die Verabschiedung einer Resolution zur künftigen „Sicherheitspolitik“ der BRD mußte ausfallen, weil zuvor von Vertretern des BDKJ ein Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit gestellt worden war, der zu dem Ergebnis führte, daß die Versammlung nicht mehr beschlußfähig war: Von 110 Stimmberechtigten waren nur noch 78 anwesend. Die Resolution soll jetzt auf einer Sondersitzung in den ersten Wochen 1994 erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Das Zentralkomitee würde, wenn es die Resolution verabschiedet, der Regierung einen extremen Freiraum für militärische Interventionen im Ausland einräumen. In dem Beschlusantrag heißt es u.a.: „Der Verantwortung unseres Volkes für eine schlimme Vergangenheit können wir nicht länger durch Beiseitestehen, sondern nur

durch Engagement gerecht werden.“ Wieso dieses „Engagement“ im Unterschied zum „Beiseitestehen“ nun ausgerechnet im Einsatz der Bundeswehr bestehen soll, wird dann so begründet: „Den Weg weist der in der Präambel des Grundgesetzes verankerte Wille des deutschen Volkes, dem Frieden in der Welt zu dienen“. Er stimmt genau mit dem zusammen, was die derzeitige Weltlage von uns fordert: In erster Linie Teilnahme an der Ausgestaltung der politischen Ordnung ...; dann aber auch unsere Beteiligung an der politischen und militärischen Gewährleistung der internationalen Sicherheit.“

Weltweit bestünden Gefahren „für Deutschland“, wörtlich: „Gewalt, die Menschlichkeit und Recht verachtet und in jeder Region der Welt ausbreiten kann, darf die Völkergemeinschaft nicht dulden. Aus jeder Region der Welt kann existenzgefährdende Bedrohung für Europa und damit auch

für Deutschland erwachsen.“ Also müsse die Bundeswehr sich lösen von ihrem Verteidigungsauftrag: „Es reicht nicht aus, nur die eigenen Staatsgrenzen schützen zu wollen ... Für den Frieden darf man nicht erst dann kämpfen, wenn das eigene Haus ange-

BDKJ blockiert katholische „Sicherheitspolitik“

griffen wird. Es kommt vielmehr darauf an, dem Mitmenschen zu Hilfe zu kommen, der Opfer von Gewalt wurde ...“

Wenn also der türkische General „Opfer von Gewalt“ wird, weil sich die kurdische Bevölkerung seiner Herrschaft nicht fügen will, dann muß die Bundeswehr schnell zu Hilfe eilen.

Die Resolution endet mit dem Appell an (deutsche) Soldaten und (deutsche) Bevölkerung, sich zum Töten und Sterben bereit zu machen: Weil nämlich ein Militäreinsatz irgendwo in der Welt (wo immer die Staats- und Militärführung befiehlt) „offenkundig die Herausforderung unserer Zeit und von existentieller Bedeutung für die Zukunft der Menschheit ist, kann für die Erfüllung des neuen Auftrags von Soldaten gefordert werden, Entbehrungen auf sich zu nehmen, sich, wenn nötig, Gefahren zu stellen und sein Leben einzusetzen. Dafür hat der Soldat seinerseits Anspruch, daß sein Auftrag vom deutschen Volk begriffen und moralisch deutlich sichtbar getragen wird.“ (alle Zitate aus der Beschlussvorlage des ZDK)

Leider ist die Gegenposition des BDKJ (Bund der Katholischen Jugend Deutschlands) gegenüber solchen wilden militaristischen Positionen im ZDK nicht sehr klar.

Auf unsere Frage, was die Position des BDKJ im Verfassungskonflikt mit Bundeswehreinräumung im Ausland sei, antwortete eine Sprecherin des BDKJ, das Thema sei noch in Diskussion. Es solle am 31. Januar 1994 eine Beratung und Beschlussfassung zur zukünftigen Sicherheitspolitik im Hauptausschuß des BDKJ stattfinden (Der Hauptausschuß ist neben der Hauptversammlung das höchste beschließende Gremium). Zur Zeit habe der BDKJ einige Kriterien benannt, die bei der Diskussion aus seiner Sicht berücksichtigt werden sollen. Entscheidend drehe sich die Diskussion derzeit um den Begriff „Wehrgerechtigkeit“. Dabei lehne der BDKJ eine allgemeine Dienstpflicht ab. Über Wehrpflicht werde noch diskutiert.

Hinsichtlich Bundeswehreinräumung im Ausland sei noch kein Beschluß gefaßt.

Quelle: ZDK-Pressemitteilungen vom 27. Oktober und vom 19./20. November 1993 — (rül)

Die Evangelische Kirche streitet über Militärseelsorge

Die Diskussion über Bundeswehreinräumung im Ausland spiegelt sich auch in verschiedenen Auseinandersetzungen innerhalb der Evangelischen Kirche wieder. Ihren letzten Kulminationspunkt erreichte die Kontroverse auf der Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Osnabrück. Diese hatte über die künftige Form der Militärseelsorge zu befinden, aber sie war nicht in der Lage, den Streit im Konsens beizulegen.

Die Synode vertagte die Suche nach einer einheitlichen Regelung des „Dienstes der Kirche unter den Soldaten“. Frühestens in zwei Jahren soll dies wieder auf der Tagesordnung stehen. Bis dahin soll sich innerhalb der 24 Landeskirchen der EKD in einem Diskussionsprozeß eine gemeinsame Position herausbilden. Ausgangspunkt der Kontroverse ist die dringende Erwartung konservativer Kreise in den westlichen Landeskirchen, daß endlich auch die ostdeutschen Kirchen, die bis 1989 im Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zusammengeschlossen waren, dem Staatskirchenvertrag zur Militärseelsorge von 1957 beitreten.

Kernpunkt dieses Militärseelsorgevertrages ist es, den Pfarrern, die innerhalb der Bundeswehr ihren Dienst tun, die Seelen der Soldaten zu umsorgen, aus dem für Kirchenbedienstete üblichen Arbeitsverhältnis mit der jeweiligen Landeskirche zu lösen und ihnen den Status von Beamten des Bundesministeriums der Verteidigung zu verleihen. Ein Leitender Regierungsdirektor im Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr (das ist eine Untergliederung des Bundesministeriums für Verteidigung) formuliert dies wie folgt: „Nach den Bestimmungen des Militärseelsor-

gevertrages haben die Militärgeistlichen — bildlich gesehen — zwei Hüte auf. Soweit sie im staatlichen Bereich Aufgaben wahrnehmen, sind sie Beamte. Soweit sie als Seelsorger in der Bundeswehr tätig sind, sind sie kirchliche Amtsträger.“

In den Landeskirchen der ehemaligen DDR sind nun erhebliche Vorbehalte gegen diese „zu große Staatsnähe“ laut geworden. Denn ein Militärgeistlicher muß sich „zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen und für deren Erhalt eintreten; ... er ist zum Gehorsam gegen seine Vorgesetzten verpflichtet; ... er hat in der Form eines Gelöbnisses zu versprechen, die Verfassung und die Gesetze des Staates zu wahren ...“ Er ist — kurzum — an die un-

mittelbaren Weisungen seines obersten Dienstherrn, und das ist dann der Bundesminister für Verteidigung, gebunden. Ist Somalia als Bestimmungsort der Truppen angesagt, hat er, natürlich in Erfüllung seiner religiösen Aufgaben, mit von der Partie zu sein. Sind andere Einsätze der Bundeswehr weltweit vorgesehen, so kann er sich nicht verweigern, will der Militärpfarrer nicht mit seinem Beamtenstatus als Militärgeistlicher in Konflikt kommen.

Von Adenauer und Strauß war in Verbindung mit dem damals wegen seines Rufes nach Atomwaffen für die Bundeswehr als „Atombischof“ bekannten Bischofs D. Dibelius als Vertragspartner dies so ausdrücklich gewünscht. Zwar hat man seinerzeit anders als in den an-

deren westlichen Armeen den Militärpfarrern nicht unmittelbar einen Offiziersrang zuerkannt. Aber, und das hat sich in den Jahrzehnten seit 1957 durchgehalten, innerhalb der Kirche hat die Militärseelsorge einen eigenen Korpsgeist herausgebildet, der sich unmittelbar an den Interessen der Bundeswehr, an Soldatentum und Kampfeinsätzen orientiert.

Die Synode in Osnabrück hat in ihrem Beschluß der Diskussion um die künftige Militärseelsorge zwei Modelle mit auf den Weg gegeben.

Das „Modell A“ spricht von der „Fortentwicklung ohne Änderung des Militärseelsorgevertrages“. „Der Dienst der Militärseelsorge konnte und kann in voller Freiheit für Verkündigung und Seelsorge auf der Grundlage der verfassungsrechtlich verbrieften und in der politischen und militärischen Praxis respektierten Freiheit der Religionsausübung geleistet werden.“

Dagegen steht das „Modell B“, das von „Fortentwicklung mit Veränderung des Militärseelsorgevertrages“ spricht. Dieses Modell „geht davon aus, daß der gegenwärtige Status der Militärseelsorge in der EKD nicht konsensfähig ist. Die Frage des Bundesbeamtenstatus der hauptamtlich in der Militärseelsorge tätigen Pfarrer wird nicht nur als Loyalitätsproblem empfunden. Es wird festgestellt, daß es in den 35 Jahren seit Abschluß des Militärseel-

sorgevertrages nicht gelungen ist, die Notwendigkeit und sachliche Rechtfertigung dieses Status derjenigen Mitarbeiter, die in der Militärseelsorge hauptamtlich tätig sind, überzeugend nachzuweisen und die Diskussion darüber zu beenden ... Der Status der hauptamtlichen Militärseelsorger als Bundesbeamte und der dem entsprechenden Status des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr als Bundesbehörde erschwert wesentlich die innerkirchliche Akzeptanz dieses wichtigen Arbeitsfeldes.“

Kritische Christen reiben sich immer wieder an der allzugroßen willfährigen Nähe der organisierten kirchlichen Apparate zum Staat. Sie sehen, wie kirchliche Funktionäre sich immer wieder zu frommen Bütteln der jeweilig herrschenden Politik gemacht haben und machen. Schrie die herrschende Klasse „Wiederbewaffnung!“ — die Kirche war mit dabei. Forderte die Bundesregierung Atomwaffen für die Bundeswehr — Bischöfe wie Dibelius und Lilje stimmten mit ein und lieferten theologische Begründungen. Will die Bourgeoisie mit der Bundeswehr hinaus in die Welt für imperialistische Einsätze rund um den Erdball, so ist die Militärseelsorge da, um letzte moralische Skrupel mit Hilfe von Bibel, Gebet und Gesangbuch zu beseitigen. Ein Militärpfarrer, der von seinem Status her, also arbeitsrechtlich, nicht der Weisung der staatlichen Organisation unterworfen ist, könnte da auf eigene Gedanken kommen und sein kritisches Gewissen zum unrechten Zeitpunkt und am falschen Ort in seinen Predigten laut werden lassen. Dies macht für die kirchliche Reaktion den Militärpfarrer als Staatsbeamten notwendig.

Quellen: Materialien der EKD-Synode in Osnabrück zur Militärseelsorge — (hel)



Montage: af/mz

Aktuell in Bonn

Warnung vor „Pangermanismus“

Der für Europafragen zuständige griechische Vize-Außenminister Theodoros Pangalos hat scharfe Kritik an der Balkanpolitik der Bundesregierung geübt. Wegen der von der Bundesregierung betriebenen „Anerkennung“ der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien (die Bundesregierung will so versuchen, die serbische Regierung mit der Drohung eines Zwei-Fronten-Kriegs in die Enge zu treiben) warf er der Bundesregierung öffentlich vor, sie betreibe eine „pangermanische“ (großdeutsche) Politik. Die deutsche Politik sei „zu 100 Prozent“ für die „derzeitigen Massaker“ in Jugoslawien verantwortlich, ergänzte Pangalos. Der griechische Minister ist auch für seine scharfe Kritik an der türkischen Regierung bekannt, der er eine „in Blut wadende“ Kurdenpolitik vorwarf. Die Bundesregierung hat nach Bekanntwerden der griechischen Kritiken den griechischen Botschafter einbestellt und durch ihren eigenen Botschafter in Athen eine Protestnote überreicht.

Kilometergeldpauschale bald weg?

In der letzten Ausgabe hatten wir über das „Steuerbereinigungsgesetz“ der

Bundesregierung berichtet, das u.a. eine Anhebung der Kilometerpauschale um 10 Pfennig vorsieht. Inzwischen hat der Bundesrat den Vermittlungsausschuß angerufen, er lehnt das Gesetz ab. Das wollen einige Politiker nutzen, um die Steuerlast anzuheben. Sowohl der SPD-Umweltminister von Baden-Württemberg, Schäfer, als auch der CDU-Umweltausschussvorsitzende im Bundestag, von Geldern, wollen die Kilometerpauschale kürzen. Schäfer will in „Ballungsgebieten“ gar keine Pauschale mehr gewähren, von Geldern die Pauschale nur für Fahrten zur nächsten öffentlichen Verkehrs-Haltestelle anerkennen. Die Streichung würde die Steuerbelastung insbesondere für Berufspendler stark ansteigen lassen.

PDS: Antidiskriminierungsgesetz

Am 25.11. hat die PDS/LL den Entwurf eines „Antidiskriminierungsgesetzes“ im Bundestag eingebracht. Er sieht unter anderem vor, Behörden und Privatpersonen zu Schadensersatz oder Wiedergutmachung zu verpflichten, wenn sie aus rassistischen Gründen benachteiligen. Die Stellung der Ausländerbeauftragten soll gestärkt, Verbänden von Ausländer/innen die Möglichkeit eingeräumt werden, Ansprüche Betroffener gerichtlich geltend zu machen. Das Gesetz richtet sich u.a. gegen Hauseigentümer, die keine Mietverträge mit

Nicht-Deutschen abschließen, Gastwirte, die Ausländer nicht bedienen, Arbeitgeber, die Personen anderer Staatsbürgerschaft nur zu schlechteren Bedingungen als Deutsche beschäftigen. Bereits im März hatte die Konferenz der Ausländerbeauftragten ein Antidiskriminierungsgesetz verlangt. Der UN-Ausschuß zur Überwachung der Konvention gegen Rassendiskriminierung hatte die Bundesregierung ebenfalls zu Aktivitäten in dieser Richtung aufgefordert.

PDS-Gesetz zu Europa-Wahl-Recht

Mit einem Gesetzentwurf will die PDS/LL erreichen, daß schon bei den kommenden Europawahlen Staatsbürger anderer EG-Staaten in der BRD aktives und passives Wahlrecht haben. Das derzeitige Wahlgesetz sieht das noch nicht vor, in den Maastrichter Verträgen ist die Einführung eines solchen Wahlrechts in allen EG-Staaten vereinbart. (Bundestags-Drucksache 12/6115)

Kein Kirchensteuerabzug?

Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes eingebracht (Ds. 12/6104). Das geltende AFG legt bei der Berechnung von AFG-Leistungen (Arbeitslosengeld, Umschülergeld u.ä.) ein Netto-Einkommen zugrunde, das auch eine fiktive Kirchensteuerzahlung annimmt — gleichgültig,

ob der oder die Arbeitslose Kirchenmitglied ist oder nicht. Die Bundesanstalt für Arbeit „spart“ durch diesen Trick jährlich ca. 225 Mio. DM — auf Kosten der Arbeitslosen, Umschüler/innen usw. Insbesondere in den neuen Bundesländern, so Bündnis 90/Die Grünen, stoße diese Regelung auf viel Kritik.

ÖTV-Protest gegen Arbeitszeitgesetz

Nach den Beschäftigten im Krankenhausbereich und den Marburger Bund hat nun auch die ÖTV scharfe Kritik am Arbeitszeitgesetz der Bundesregierung geäußert und die Bundestagsabgeordneten aufgerufen, den Gesetzentwurf abzulehnen. Der Entwurf erlaube wöchentliche Arbeitszeiten von 60, in Ausnahmefällen sogar von 70 Stunden. Blüms Staatssekretär Horst Günther wies die ÖTV-Kritik scheinheilig zurück: Solche Arbeitszeiten seien „Sache der Sozialpartner“, das Gesetz setze nur „einen äußeren Rahmen“. Nach der Staatssekretärs-Logik wäre ein elektrischer Stuhl auch nur „ein äußerer Rahmen“ für eine Hinrichtung.

18 Mrd. für Ex-Junker und ähnliche

18 Mrd. DM sollen Ex-Junker, zwischen 1945 und 1949 in der deutschen Besatzungszone wegen Beteiligung an Kriegsverbrechen enteignete Personen und ähnlich „ehrenwerte“ Gestalten aus der Staatskasse erhalten als Entschä-

digung für verlorenes Ost-Vermögen erhalten. Darauf hat sich die Regierungskoalition verständigt. Wer die ausgezahlten Beträge in den neuen Ländern profitabel anlegt, kriegt noch einen Bonus obendrauf. So mancher „von und zu Zitzewitz“ wird Millionen von Waigel kassieren. Im 2 + 4-Vertrag war festgelegt worden, daß Enteignungen zwischen 1945 und 1949 nicht rückgängig gemacht werden dürfen, eine Klage vor dem Verfassungsgericht verloren die Ex-Junker und Konsorten. Nun gibt's Entschädigungen — neunmal so viel — übrigens, wie NS-Verfolgte erhalten. Deren Entschädigungsanspruch wurde auf 2 Mrd. DM begrenzt.

Was kommt demnächst?

Am 4. Dezember sind CDU-Landesparteitage in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, in Sachsen-Anhalt berät auch die FDP auf ihrem Landesparteitag. Am 5. Dezember sind Kommunalwahlen in Brandenburg. Am 10. Dezember ist der nächste EG-Gipfel. Am 15. Dezember sollen die GATT-Verhandlungen endgültig abgeschlossen werden — oder sie scheitern. Am 17. Dezember ist letzte Bundestags-Sitzung in diesem Jahr. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Bahnreform, die Postreform, die Pflegeversicherung. Am 13. März 1994 sind die nächsten Landtagswahlen in Niedersachsen.

Der Kurswechsel der Sozialdemokratie

Der saarländische Ministerpräsident Lafontaine hat sich auf dem SPD-Parteitag in Wiesbaden bei den Ostdeutschen für seine Aussage von der unvermeidlichen Einkommensdrosselung in den neuen Bundesländern entschuldigt. Wie sein Wahlergebnis zeigt, ist die politische Spaltung in der Sozialdemokratie mit dieser Geste offenkundig zu nächst zumindest zugedeckt worden. Bemerkenswerter ist freilich, daß die Sozialdemokratische Partei für die gesamte Bundesrepublik den Übergang zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik beschlossen hat.

Für diese radikale Anpassung hätte die Partei eigentlich eine Belobigung des neokonservativen Sachverständigenrates zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung verdient, der sich bekanntlich jahrzehntelang für die Durchsetzung einer solchen Lohnpolitik stark gemacht hat.

Die Sozialdemokraten betonen, daß in einer Zeit extrem hoher Arbeitslosigkeit die unverzichtbare Konsolidierung der Staatsfinanzen zurückstehen müsse. Zunächst müsse die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Vordergrund stehen. Aber nach der Erholung der Konjunktur seien massive Beschneidungen der konsumtiven Ausgaben unerlässlich.

Die Sozialdemokratie hat in der Bonner Republik nie die Position einer sozialistischen Partei beansprucht. Mit der von Oskar Lafontaine repräsentierten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeption hat sie sich nun auch als Reformpartei innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verabschiedet.

Die neue Philosophie heißt: Einen weiteren Ausbau des Systems sozialer Sicherung kann es nicht geben. Die SPD müsse sich an den Bedürfnissen und Problemen der fortschrittlich eingestellten Leistungsträger unserer Gesellschaft orientieren. Die Verwaltung, nicht mehr die Beseitigung der sozialen Ausgrenzung und Spaltung der bundesrepublikani-

Zu den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des SPD-Parteitags ein Beitrag von Joachim Bischoff

nischen Gesellschaft wird damit zur zentralen Orientierung erklärt.

Es ist wahrlich katastrophal, was dem schwachen linken Flügel alles abgerungen wurde, um die Koalitions- und Regierungsfähigkeit zu erhöhen: eine Anpassung der Lohnentwicklung an die Produktivität; weniger öffentliche Ausgaben für konsumtive Zwecke, statt dessen mehr Mittel für Investitionen; Steuerermäßigungen für Unternehmen; Verschlankung des öffentlichen Sektors und letztlich eine Rückführung der öffentlichen Ausgaben gegenüber dem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts.

Was als schlechte Provokation der Partei in Ostdeutschland begann, ist in einem weitgehenden Kurswechsel der Gesamtpartei geendet. Lafontaine und Scharping geben — um der Beteiligung an der politischen Macht willen — jede Reformorientierung preis. Die Beschlüsse zur inneren Sicherheit (Lauschangriff) und zu Militäreinsätzen im UNO-Auftrag vervollständigen diesen Anpassungskurs. Was mit der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl begann, hat jetzt also einen einschneidenden Abschluß gefunden.

Warum dieser Kurswechsel? Anders als viele Politiker, auch in der Sozialdemokratie, sieht Lafontaine die Bundesrepublik vor einer fast unlöslichen Aufgabe. Zur Zeit versucht die Republik mit fast 140 Milliarden Netto-transfers eine flächendeckende Verelendung in den ostdeutschen Bundesländern aufzuhalten. Auch ein Land wie die Bundesrepublik, das sich bislang widerstrebend pro Jahr 10 Mrd. DM für die Entwicklungszusammenarbeit mit den riesigen verelendeten Menschenmassen der südlichen Länder und in den letzten Jahren 75 Mrd. DM zur Unterstützung der

osteuropäischen Transformationsprozesse hat abringen lassen, kann dies nicht lange durchhalten. Soll die Selbstzerstörung der wirtschaftlichen Substanz unserer Lebensverhältnisse gestoppt werden, muß rasch vom Konsum auf neue Investitionen umgeschaltet werden. Lafontaine hat Recht mit der Behauptung, daß die politische und gesellschaftliche Durchsetzung von neuen Produktionsanlagen unpopulär ist und großen politischen Mut erfordert. „Zu einer vernünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik gehört auch, daß wir den Menschen die Wahrheit sagen. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit sind Voraussetzung für ökonomische und politische Stabilität. Deshalb sage ich: Unser Land steht vor einer sehr schwierigen Wegstrecke. Es kommt aber jetzt darauf an, die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen.“

Lafontaine-Kritiker wissen auch, daß vor allem für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung gesorgt werden muß, wenn wir die öffentlichen Haushalte (Bund, Länder und Gemeinden) aus der Schuldenlawine herausführen wollen. Die Überwindung der Rezession durch eine aktive Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik ist der erste Schritt. Die zweite Schlußfolgerung lautet: die Erneuerung der industriellen Produktion in Ostdeutschland kann nur gelingen, wenn wir nicht Branchen aufbauen, die es im Westen schon im Übermaß gibt. Es hat keinen Sinn, in Ostdeutschland neue Produktionskapazitäten in den Bereichen zu schaffen, in denen in Westdeutschland oder auf dem Weltmarkt schon Überkapazitäten bestehen. Und drittens erstreckt sich der Konsens sicher noch auf die Einschätzung Lafon-

taines: Wachstum und Investition allein werden nicht ausreichen, die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf ein akzeptables Maß zurückzuführen. „Dazu sind die wirtschaftspolitischen Versäumnisse der letzten Jahre zu groß gewesen“. Eine offensive Wirtschaftspolitik muß flankiert werden durch eine wirksame Arbeitsmarktpolitik und durch Arbeitszeitverkürzungen.

Die entscheidende politische Differenz tritt dort hervor, wo es um die Ansatzpunkte zur Realisierung dieser Konzeption geht. Lafontaine will den Zuwachs bei den Realeinkommen — sowohl bei den sozialen Transferleistungen als auch bei den Aktivbezügen — verlangsamen, um die notwendigen Mittel für die Ausweitung der Investitionen zu erhalten. „Wenn wir da nicht ran gehen an den Mechanismus, wenn wir nicht mutig sagen, sie können nicht so schnell steigen, dann wird sich nichts Entscheidendes tun bei den Investitionen.“ Diese Politik wird nicht erfolgreich sein können; nur durch grundlegende Reformen, die auch die überlieferten Eigentums- und Verteilungsverhältnisse nicht ausklammern, kann der Ausweg aus einer Ausweitung der gesellschaftlichen Ausgrenzung gefunden werden.

Lafontaine verweist darauf, daß die Regierung Kohl nach dem Wahljahr '94 dem Publikum erneut die Rechnung präsentieren wird. Aber weil es ein Problem mit dramatischen Dimensionen ist, muß die Frage der Verteilungsgerechtigkeit in viel radikaler Weise gestellt werden. Ohne eine Vermögensabgabe, eine Neuordnung der Besteuerung bei Zins-einkommen und Immobilienbesitz, sowie eine entschiedene Einschränkung der Ehegattensplittings wird es keine

wirksame Umsteuerung vom Konsum auf Investitionen geben. Lafontaine hält sich — weil er die Grundstrukturen der Republik nicht antasten will — an das schwächste Glied der Kette: das sind die Arbeitseinkommen und sozialen Transferleistungen.

Erneut ist der innere Spagat der Sozialdemokratie deutlich geworden: wie bei der Abschaffung des Asylrechtes, der Militarisierung der Außenpolitik, der Einführung des Lauschangriffs, jetzt also auch bei der Wirtschaftspolitik. Die SPD schwankt zwischen Verteidigung der überlieferten Eigentums- und Interessenordnung und einer konsequent republikanischen Reformpolitik. Die Regierungspolitiker Kohl, Waigel, Rexrodt werden in der nächsten Legislaturperiode ihre unsoziale Umverteilungspolitik verstärkt fortsetzen; es ist korrekt, wenn Lafontaine sagt, wir müssen dem Wahlvolk vorher sagen, daß auch wir solches vorhaben.

Auch die politische Linke jenseits der Sozialdemokratie muß die Dimensionen einer vollständig gescheiterten Regierungspolitik in den vor uns liegenden Wahlkämpfen eindeutig darlegen. Politische Glaubwürdigkeit und inhaltliche Kompetenz sind nur durchzusetzen, wenn wir uns an der Produktion kurzlebiger Illusionen nicht beteiligen. Wir können daher nicht zustimmen, daß beständig die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen und die Rentner bei der Verteilung des Sozialprodukts mit Verweis auf die Produktionserfordernisse benachteiligt werden. Gerade weil die Herstellung eines größeren Sozialprodukts das vorrangige Ziel ist, muß mit der Politik Schluß gemacht werden, die Besitzenden und Vermögenden bei der Aufteilung des gesellschaftlichen Kuchens zu bevorzugen.

Joachim Bischoff ist Redakteur der Zeitschrift Sozialismus und Mitglied im PDS-Bundesvorstand, zuständig für Wirtschaftspolitik.

Kaliwerk Bischofferode: Protest gegen Schließungspläne

Presseerklärungen des Betriebsrats

Mehr als tausend Beschäftigte des Kali-Werks Bischofferode protestierten am vergangenen Freitag, den 26. 11., in Frankfurt gegen die geplante Schließung ihres Werkes.

Zeitgleich beriet der Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Kali AG in München unter Vorsitz des Ex-SPD-Ministers aus Hessen und jetzigen MdK-Aufsichtsratsvorsitzenden Steger (der Tagungsort des Aufsichtsrats war der Belegschaft gegenüber bis zuletzt geheimgehalten worden, um Proteste vor den Sitzungsräumen zu verhindern) über die Schließung des Werks. Nachdem aus Brüssel eher mit einem abschlägigen Bescheid zu der geplanten Fusion und Stilllegung des Werks zu erwarten ist, versuchen BASF, Treuhand und die MdK so offensichtlich, trotzdem ihre Stilllegungspläne durchzuziehen.

Dabei verstößen sie nach Aussagen des Betriebsrats eindeutig gegen geltendes Recht. Der Aufsichtsrat habe den Beschluß wegen einer einstweiligen Verfügung des Arbeitsgerichts Mühlhausen vom Mittwoch zuvor gar nicht treffen dürfen, sagte Betriebsratsmitglied Otto Starke am Wochenende. Die Entscheidung des Aufsichtsrats sei folglich nichtig. Mit dem Gerichtsentscheid war dem Unternehmen untersagt worden, bis zur Entscheidung des Arbeitsgerichts den Beschäftigten des Kaliwerkes zu kündigen oder sie zu versetzen. Auch Umstrukturierungen wurden vorläufig unterbunden. Halten sich die fünf Vorstandsmitglieder nicht an diese Entscheidung, droht ihnen ein Ordnungsgeld in Höhe von 500.000 DM.

Wir dokumentieren im folgenden aus zwei Presseerklärungen des Betriebsrats von Bischofferode wenige Tage vor und unmittelbar nach der Entscheidung des MdK-Aufsichtsrats. — (rül)

„Bischofferode macht mobil“

Die Belegschaft des Kaliwerkes Bischofferode ruft zur Unterstützung einer

Aktion in Frankfurt gegen die Absichten des MdK-Vorstandes auf, die Grube zu schließen. Vertreter anderer Belegschaften, Sympathisanten und Unterstützer-Komitees werden zur Beteiligung an einer Demonstration mobilisiert, die am 26. November am Tagungsort einer Aufsichtsratsitzung stattfinden soll. Bei der Sitzung wolle der Aufsichtsrat den neuerlichen, vom Vorstand bereits mehrfach öffentlich erklärten Schließungsbeschlüssen zustimmen.

Damit reagieren Betriebsrat und Belegschaft auf die Ankündigung, daß an diesem Freitag der MdK-Aufsichtsrat im Sheraton-Hotel am Frankfurter Flughafen den Beschluß seines Vorstandes bestätigen werde. Danach solle das Kaliwerk auch im Falle eines Verbleibs bei der Treuhand im Zuge einer einschränkenden Entscheidung in Brüssel geschlossen werden. Die Schließung erfolge dann allerdings nicht mehr aus betriebswirtschaftlichen Gründen.

Nach Ansicht des Betriebsrates dient der beabsichtigte Beschluß lediglich dazu, der Öffentlichkeit und den gegenwärtigen und potentiellen Abnehmern Bischofferöder Kalis nochmals zu versichern, daß es unabhängig von der Brüsseler Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Kalifusion für das Werk in Bischofferode kein Überleben gebe. „Die Nachricht über den Beschluß soll eine weitere Verunsicherung unserer jetzigen Kunden und Absatzschwierigkeiten künstlich erzeugen, damit man einen plausiblen Grund zur Schließung vorweisen kann“, kommentierte der Betriebsratsvorsitzende Heiner Brodhun die Strategie der MdK.

Gerade auch in der Öffentlichkeit war einige Verwirrung dadurch entstanden, daß der MdK-Vorstand wenige Tage nach seinem eigenen Antrag auf Verlängerung des Betriebswirtschaftsplanes über den 31. 12. 93 hinaus einen neuerlichen Schließungsbeschlusse faßte.

Die Belegschaft ist nach Angaben des Betriebsrates nicht bereit, die Schaffung von Tatsachen hinzunehmen, die einer Weiterführung der Grube im Wege stehen könnten. Dies sei in einer am 16. November durchgeführten gemeinsamen Sitzung von Betriebs- und Sprecherrat der Kaliwerke massiv deutlich geworden. Man wolle gemeinsam mit denen, die Bischofferode Solidarität erwiesen oder erklärt hätten, im Vorfeld und während der Aufsichtsratsitzung „gegen diese Art der Marktgestaltung protestieren und demonstrieren, daß eine Schließung von Bischofferode nicht hingenommen wird“, sagte Brodhun. (Pressemitteilung vom 17. 11. 93)

Gegen den Schließungsbeschlusse

„Nachdem der Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Kali AG nunmehr trotz entgegenstehender richterlicher Verfügung den Beschluß zur Stilllegung des Kaliwerkes Bischofferode gefaßt hat, zeigen Vorstand, Aufsichtsrat und Treuhandanstalt, die offensichtlich gemeinsam in Berlin getagt haben, wem mangelnde Rechtstreue vorzuwerfen ist.“

Dem Betriebsrat wurde vorgehalten, im Rahmen der geplanten Demonstration die Einhaltung von Recht und Gesetz nicht zu garantieren. Die gleiche Unternehmensleitung und ihr „Aufsichtsrat“ ignorieren währenddessen vorsätzlich eine von ihnen zugestellte einstweilige Verfügung.

Darüberhinaus hat Herr Prof. Dr. Steger die Teilnahme des gewählten Arbeitnehmervertreters des Kaliwerkes Bischofferode vereitelt, indem er Herrn Jüttemann zunächst kreuz und quer durch Frankfurt hetzt, um ihn dann zu nötigen, einen Bus zu besteigen, ohne das Fahrtziel zu kennen ... (Der Betriebsrat wird nicht) zögern, die ihm durch das Gericht bereits zur Verfügung gestellten Zwangsmittel — bis hin zur Ordnungshaft — auch einzusetzen.“

(Pressemitteilung vom 26. 11. 1993)



Während des Hungerstreiks in Bischofferode

Bild: af/mz



Aufmarsch von Neofaschisten nach der Kommunalwahl in Neapel: „Wind aus dem Süden“

Bilddokumente aus: Der Spiegel Nr. 48/93



Wahlsieger Orlando: Christdemokratische Dauerherrschaft



... nach 50 Jahren beendet: Wahlsieger Mussolini, Fini

In Italien sammelt sich die äußerste Rechte gegen Reformbündnisse

Zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Italien

Rund elf Millionen Wahlberechtigte waren am 21. November zur Wahl der Gemeinderäte und Bürgermeister in 420 Städten und Gemeinden sowie einiger Provinzräte aufgerufen; unter den Städten Rom, Neapel, Palermo, Genua und Venedig. In der aufgewühlten politischen Lage galt das Wahlergebnis als Gradmesser ersten Ranges. Es hat bestätigt, was schon die letzten Wahlen gezeigt hatten: Die politische Landschaft Italiens ändert sich tiefgreifend.

Die Parteien der Regierungskoalition haben neuerliche schwere Stimmenverluste erlitten. Die Christdemokratie, die mit einer Umgründung zur Volkspartei (*Partito popolare*) ihren Niedergang aufhalten wollte, hat in der Regel gerade noch zwischen 10 und 15 % der Stimmen erhalten. Die Sozialistische Partei Craxis, die immerhin viele Jahre lang den Ministerpräsidenten gestellt und Städte wie Mailand regiert hat, ist so gut wie verschwunden. Auch die Versuche des früheren Christdemokraten Mario Segni, eine neue bürgerliche

Sammlungsbewegung der Mitte zu begründen, hatten keinen Wahlerfolg.

Bürgerliches Lager sammelt sich rechts

Tatsächlich sammeln sich erhebliche Teile des bürgerlichen Lagers und der Schichten, in die es hineinwirkt, bei der äußersten Rechten. In den reichen Regionen Norditaliens mit Schwerpunkt in der Lombardei hat der Stimmenzuwachs der *Lega Nord* angehalten (bis zu 49,3 % bei der Provinzwahl in Varese). Andererseits ist der *Lega* der Durchbruch in der Mitte und im Süden nicht gelungen, wo sie nach wie vor kaum über ein Prozent hinauskommt. Dort gingen die Stimmen, die die Regierungsparteien verlieren, zu einem großen Teil an die faschistische Partei *MSI* (*Movimento sociale italiano/Italienische Sozialbewegung*), die als „moderne Rechte“ im

Nadelstreifen daherkommt und gleichzeitig das Erbe des Mussolini-Faschismus hochhält. Sie hat ihre größten Wahlerfolge ausgerechnet in den Metropolen Rom und Neapel erzielt, wo sie bei den Stadtratswahlen auf 30,8 bzw. 31,2 % der Stimmen kam mit jeweils mehr als 10 % Abstand auf die zweitstärkste *Demokratische Partei der Linken* (*PDS*). Es wird geschätzt, daß hier etwa 20 % frühere Wähler der Christdemokratie (und auch etliche Parteifunktionäre) zum *MSI* übergelaufen sind.

Andererseits hat der rechte Stimmenzuwachs in der Mehrzahl der Städte nicht ausgereicht, die Bürgermeisterwahlen zu gewinnen. Hier liegen zu meist (auch in allen eingangs genannten Großstädten) nach dem ersten Wahlgang die Kandidaten der *Demokratischen Partei der Linken* (*PDS*) bzw. der von ihr unterstützten Bündnisse mit Grünen und anderen Reformkräften vorn. Allerdings z.B. in Rom nur mit 39,7 % gegenüber 35 % für den faschistischen Parteichef Fini und in Neapel mit 41,6 % ge-

genüber 31,5 % für die Duce-Enkelin Alessandra Mussolini.

PDS sieht sich als Wahlsieger

Nun ist zwar nicht sicher, daß bei der Stichwahl am 5. Dezember diese Vorsprünge überall reichen. So muß sich erst noch zeigen, wie sich dann die Stimmen für erfolglose christdemokratische und andere Kandidaten aus dem ersten Wahlgang verteilen. Dennoch findet die *Demokratische Partei der Linken*, hervorgegangen aus der früheren *PCI*-Mehrheit, ihr Wahlergebnis „glänzend“ und sieht sich als einzige wirklich landesweite politische Kraft. Sie hält ihre Ausgangslage für Parlamentsneuwahlen im Frühjahr 1994, die jetzt noch wahrscheinlicher geworden sind, für günstig.

Die Linksdemokratische Partei geht

weit, um ihre Regierungsfähigkeit auch bei bürgerlichen Kreisen zu demonstrieren, nachdem der *PCI* immer von der Regierung ferngehalten worden ist. So nennt der Parteichef Occhetto als Ziele: „Leistungsfähigkeit, Ordnung, Sicherheit, aber auch Solidarität und Politik für die Arbeit. Das ist unsere Linie für das Land. Das ist die einfache Idee, auf die wir eine Übereinkunft mit den aufgeklärtesten Kräften der italienischen Bourgeoisie aufbauen wollen“. Regierungsfähigkeit wird auch praktisch demonstriert: Die Linksdemokraten wollen das Finanzgesetz der Regierung Ciampi für 1994 im Parlament trotz der Einschnitte im sozialen Bereich unterstützen.

Dennoch macht ein Teil des bürgerlichen Lagers mit allen Mitteln gegen die „Ex-Kommunisten“ mobil und bedient sich dabei der äußersten Rechten. Prominentestes Beispiel ist der als zweitgrößter Privatunternehmer Italiens geltende Silvio Berlusconi, der u.a. den größten Teil der riesigen privaten Fern-

Kohl in China zu spät?

Von Wal Buchenberg, z. Zt. Shanghai

China hat Konjunktur. Erst kletterten in Hongkong die Börsenkurse auf Rekordhöhe, weil der britische Kolonialherrscher Patten erstmals von seinem Konfrontationskurs gegen Peking abrückte, dann machte Helmut Kohl als erster westlicher Regierungschef seit der Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung seine Aufwartung in China — mit einem Sack voll Geld und mit den Herren Kapitalisten, die sich gleich nach ihrer Rendite erkundigen kamen. Gleich darauf traf sich der chinesische Staatspräsident und KP-

Chef im amerikanischen Seattle erstmals mit Clinton auf dem APEC-Treffen. Diese APEC ist zwar noch eine recht bedeutungslose Wirtschaftsvereinigung asiatisch-pazifischer Staaten unter Einfluß der USA, sie wird aber schnell an Bedeutung gewinnen, falls die GATT-Verhandlungen über die Liberalisierung des Welthandels zu keinem günstigen Ende kommen.

Zu dieser Gelegenheit wärmten deutsche Zeitungen wieder die Meldung auf, daß China nach neuesten Berechnungen des Internationalen Währungsfonds die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Erde sei.

Rätselhafter Reichtum der Dritten Welt

Üblicherweise wird das jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines Landes in US-Dollar als „Weltwährung“ umgerechnet, um gleichsam den internationalen Verkaufswert der gesamten jährlichen Arbeit dieses Landes und damit seine Wirtschaftskraft einschätzen zu können. Das deutsche BIP lag 1990 bei 1 500 Milliarden Dollar, das chinesische

im Jahr 1992 bei 440 Milliarden Dollar. Das chinesische Pro-Kopf-Einkommen lag nur wenig über dem indischen. Plötzlich entdeckte jedoch der Internationale Währungsfonds (IWF), der im internationalen Handel Bilanzunterschiede ausgleicht und an Regierungen Kredite vergibt, in der ganzen Dritten Welt einen vorher nie vermuteten Reichtum. Nach der neuesten Berechnungsmethode des IWF soll Chinas BIP fast 2 000 Milliarden Dollar betragen, das chinesische Pro-Kopf-Einkommen 1 700 Dollar im Jahr.

Diesen mysteriösen Geldregen brachte der IWF auf zwei Wegen zustande: Erstens wurden Dinge, die zwar einen Nutzen, einen Gebrauchswert haben, aber normalerweise nicht gekauft und verkauft werden, also auch keinen Preis und keinen Tauschwert haben können, vom IWF mit einem Preisschild versehen. Zum zweiten wurden sämtliche Waren und Dienstleistungen in dem jeweiligen Land nicht zu lokalen Marktpreisen berechnet, sondern zu westlichen Preisen aufgebläht.

Wer bisher nie daran dachte, nach dem Preis oder Wert des Kölner Doms und der deutschen Alpen zu fragen, sollte sich vom IWF belehren lassen, daß es sich dabei um touristische Attraktionen

handelt, die Fremde anlocken und somit zum Reichtum der BRD beitragen. Das gibt dem IWF das Recht, bei passender Gelegenheit einen imaginären Wert der Alpen als deutsches Guthaben zu verbuchen.

Genausowenig wie in Deutschland mit Alpengipfeln gehandelt wird, wird in China Grund und Boden weder gekauft noch verkauft. Nur zeitlich befristete Bodennutzungsrechte werden vergeben. Das macht die Nutzung des Bodens vergleichsweise billig. Der IWF setzte da seinen Rotstift an und schrieb China westliche Bodenpreise ins Konto.

Ähnlich mit den Hausmieten und der Gesundheitsversorgung. Die Chinesen schlucken zwar kaum westliche Medizin und kennen keine privaten Arztpraxen, dennoch berechnet ihnen der IWF westliche Arztgehälter und Pharmaprofite. Auf diese Weise kommen China und die Länder der Dritten Welt immerhin in den „Genuß“ westlicher Preise, der westliche Komfort bleibt ihnen dabei weiter vorenthalten.

The Economist rechtfertigt diesen Taschenspielertrick: „Die Regierungen armer Länder dürften ein Interesse daran haben, ihr Bruttoinlandsprodukt als so gering wie möglich darzustellen, um von internationalen Finanzsituationen gün-

stige Kredite oder vorteilhaftere Handelsbedingungen zu erhalten.“ (1) Das heißt ebenso, daß die Regierungen reicher Länder als Gläubiger des IWF ein Interesse daran haben dürften, das Bruttoinlandsprodukt armer Länder als so groß wie möglich darzustellen, um ihnen günstige Kredite und vorteilhaftere Handelsbedingungen vorzuenthalten.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes und die Reife seiner Volkswirtschaft zeigt sich vor allem in der Produktivität, in der Leichtigkeit und Schnelligkeit, mit der die Werktätigen beliebige Güter herstellen können. Gerade hier aber steht das „sozialistische“ China weit hinter den entwickelten kapitalistischen Ländern zurück, wo in den Einzelunternehmen die Produktion auf hohem technischem Niveau gesellschaftlich und effektiv organisiert ist, allerdings ohne Rücksicht auf die Arbeiter und die Gesamtgesellschaft. Im rückständigen China ist es mehr oder weniger umgekehrt: Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wird zwar einheitlich geplant, aber in den Einzelbetrieben herrscht Anarchie und Verschwendung von Zeit, Energie und Material.

Die chinesische Öffnungspolitik hat zum Ziel, mit Hilfe von kapitalistischen Know-How planvoll und effektiv zu

schetze kommandiert. Er hat nach der Wahl erklärt, daß er erwäge, selbst in die Politik einzusteigen, um das bürgerliche Lager gegenüber einem PDS-geführten Lager zu führen. Und weiter auf die Frage, wen er bei der Stichwahl in Rom wählen würde: „Gewiß Gianfranco Fini (den MSI-Vorsitzenden, rok), ohne einen Augenblick zu zögern. Er repräsentiert die Kräfte, auf die ich mich bisher berufen habe“. Berlusconi hat früher Craxi und die Sozialistische Partei massiv unterstützt und dann kurz mit der Lega Nord geflirtet, deren Beschränktheit auf Norditalien dem Berlusconi-Imperium aber offenkundig nicht ausreicht. Jetzt unterstützt er den MSI, der bislang als außerhalb der Verfassung stehend und für honorige Leute nicht wählbar galt. In den Berlusconi-Medien kämpfen nun viele gegen deren Verschiebung nach rechts; die Redakteure des Nachrichtenmagazins *Panorama* sind gegen Berlusconi in einen Streik getreten.

Sowohl die Lega als auch der MSI schwimmen erfolgreich auf den Wellen der Antikorruptionskampagne, die die bisherigen Regierungsparteien wegschüttelt. Beide schaffen es bislang, die Empörung auf ihre Mühlen zu lenken. Sind sie auch zu einem Rechtsbündnis instande, das ein PDS-geführtes Lager schlagen könnte? Immerhin konkurrieren beide Parteien um ähnliche gesellschaftliche Kreise und bekämpfen beide die Kräfte der Arbeiterbewegung. Allerdings die Lega mit einem secessionistischen und marktradikalen Programm, der MSI mit großitalienischen und eher ständischen Vorstellungen. Bossi von der Lega hat Bündnisse abgelehnt und steht nur in einer Frontstellung der Lega gegen alle anderen Parteien den künftigen Erfolg der Lega gesichert. Andererseits hat sich der Direktor der Tageszeitung *Indipendente*, die der Lega nahesteht, für ein Bündnis Lega/MSI ausgesprochen.

Linkes Lager sammelt langsam Kräfte gegen rechts

Die linken Kräfte und die Arbeiterbewegung stellen sich eher langsam auf die Aufgabe ein, der Sammlung rechtsaußen Einhalt zu gebieten. Die Anstrengungen richten sich jetzt zunächst auf die Stichwahl am 5.12. Der Gewerkschaftsverband CGIL in Rom macht gegen die Fini-Kandidatur Front: „Wir achten immer die Wähler. Aber der MSI ist nicht nur die Partei, die neidischer Erbe der faschistischen Vergangenheit ist, sondern auch diejenige, die einen Haufen Gewalttäter und Glatzköpfer toleriert hat und weiter rechtfertigt“.

Der Bürgermeisterkandidat von *Rifondazione comunista* in Rom, Roberto Nicolini, der im ersten Wahlgang 8,4 % der Stimmen erhalten hat, ruft für die Stichwahl zur Stimmabgabe für den Reformbündnis-Kandidaten Rutelli auf. Und das Sekretariat von *Rifondazione* hat beschlossen, überall in den Stichwahlen zwischen linken und rechten Kandidaten so zu verfahren. — (rok)

Ein Platz unter der Sonne Asiens

Die Zeit hatte vor Kohls Besuch ein neues Zuspätkommen des deutschen Kapitals ausgemacht. War vor nicht allzu langer Zeit entdeckt worden, daß Deutschland bei der Verteilung von Kolonien zu spät gekommen sei, so spielt 80 Jahre später „die Musik“ in Asien, und nun werden die deutschen Finanziers wieder gerügt, sie hätten „allzu spät“ auf die „asiatische Herausforderung“ reagiert.

Nach Ansicht der japanischen Kapitalisten ist die Wirtschaftsregion Asien schon in festen Händen. Sinichi Kitajima, Abteilungsleiter für Wirtschaftskooperation im japanischen Außenministerium hat erklärt: „Der Großteil der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit in Asien kommt aus Japan. Und gerade so wie England und Frankreich bei ihrer

Übergangsrat ohne Kontrolle über das Militär

Nach wie vor besteht in Azania/Südafrika die Gefahr eines bewaffneten Putsches

Am 18. November beschloß die Vielparteien-Konferenz in Südafrika/Azania mit der Mehrheit der vertretenen Organisationen eine Übergangs-Verfassung, die die Grundlage für gesamtstaatliche Wahlen und die Wahl von Regionalparlamenten bilden soll. Diese Verfassung sieht die Abschaffung der Homelands, die Bildung von neun Regionen und gleiches Wahlrecht für alle Erwachsenen in Südafrika/Azania vor.

Vorausgegangen war die Bildung eines Übergangsexekutivrates (TEC) im September 1993. Dieser Exekutivrat soll die freie politische Betätigung im Vorfeld der für den 27. April nächsten Jahres festgelegten Wahlen sicher stellen. Er soll eine Art Kontrollinstanz für die Regierung, die nach wie vor von den weißen Siedlern gestellt wird, bilden. Im Gesetzestext heißt es: „Aufgabe des TEC ist es, in Verbindung mit allen legislativen und exekutiven Strukturen auf allen Regierungsebenen in Südafrika eine demokratische Ordnung in Südafrika vorzubereiten und deren Übergang zu fördern.“

Der TEC kann, wenn er seine Beschlüsse mit Dreiviertel- und in manchen Fällen mit Zweidrittel-Mehrheit fällt, die Regierung und die Ministerien festlegen. In allen „sicherheitsrelevanten Fragen“ muß er seine Beschlüsse mit Dreiviertel-Mehrheit fällen. Er hat ein weitgehendes Veto-Recht gegenüber der Regierung.

Er soll unter anderem eine Kontrollinstanz zur Beobachtung und Kontrolle der Polizeikräfte einrichten, die Aufstellung einer neuen, aus allen Armeen integrierter Friedensstruppe vorbereiten, und er hat ein Mitspracherecht bei der Aufstellung des Staatshaushaltes 1994/95.

Dem TEC gehören derzeit 21 Organisationen, Parteien und Vertreter von Homeland-Regierungen an, darunter der ANC, der Natal und der Transvaal Indian Congress, die bisher im weißen Parlament vertretenen Demokratische Partei, die Konservative Partei, die Nationale Partei, die die Regierung stellt, und die südafrikanische Regierung selbst. Inkatha, die Konservative Partei, die Homeland-Regierungen von Boputhatswana, der Ciskei und von KwaZulu sind dem TEC nicht beigetreten, weil sie die Auflösung der Homelands und zum Teil das Prinzip „Ein Mensch, eine Stimme“ ablehnen, sie bilden eine gemeinsame Ablehnungskalition.

Der Pan Africanist Congress of Azania lehnt eine Mitarbeit im TEC ab, weil diesem ein entscheidendes Kontrollinstrument für die Sicherung von friedlichen und freien Wahlen fehlt: die Kontrolle über das Militär und die Sonderstreitkräfte.

Die Vielparteienkonferenz hat außerdem eine Unabhängige Wahlkommission, eine Unabhängige Medienkommission und eine Unabhängige Kommission zur Überwachung von Rundfunk

und Fernsehen eingerichtet. Diese Kommissionen sollen ebenfalls dazubeitragen, daß die Wahlen gleich, geheim und fair ablaufen.

Mit der Einrichtung dieser Kommissionen, dem TEC und der Übergangsverfassung scheint der Prozeß der Abschaffung der Apartheid und die Wahl einer demokratischen Regierung nicht mehr aufzuhalten. Da jedoch die Kontrolle über die Streitkräfte allein beim rassistischen Minderheits-Regime liegt, ist nicht abzusehen, wie der andauernde Terror in den Townships, an dem rechte Militärgruppen, Teile von Inkatha und andere beteiligt sind, vor den Wahlen beendet werden kann. Nach wie vor besteht die Gefahr eines bewaffneten Putsches von rechten Gruppen der Siedler gemeinsam mit Teilen des Militärs.

Dazu erklärte PAC-Präsident Clarence Mlamli Makwetu: „Der Verhandlungsprozeß hat seine Ziele zum großen Teil erreicht. Mit der Absicht, das Spielfeld einzuebrennen, machten wir Fortschritte dabei, eine Unabhängige Wahlkommission, eine Unabhängige Medienkommission und eine Unabhängige Rundfunk- und Fernsehkommission einzurichten, alles Dinge, die wir gefordert haben und die wir vollständig gutheißen. Weil mit diesen Strukturen

Macht und Verantwortung an wichtige Übergangskontrollmechanismen übertragen werden, bedeuten sie eine erste Übergabe von Macht an die Massen, obgleich nur auf sehr beschränkten Gebieten.“

Mit dem Gesetz über den TEC wird in Bezug auf die Sicherheitskräfte keine Macht und Kontrolle von der weißen Minderheit weggenommen und konsequenterweise ist das politische Spielfeld in dieser Beziehung nicht eingeebnet. Aus diesem Grund können wir den TEC nicht gutheißen, bevor dieser Fehler nicht beseitigt ist. In einer wichtigen nationalen Umfrage, welches die bedeutendsten Probleme in unserem Land seien, sagte die übergroße Mehrheit, daß dies das Problem der politischen Gewalt sei, und die Hoffnung, daß eine neue Regierung die sozio-ökonomische Notlage unseres Volkes grundlegend ändern wird. Das bedeutet: welches Paket von Vereinbarungen Sie auch erreicht haben, die wichtigsten Fragen, auf die normale Menschen eine Antwort haben wollen, sind: Wie beenden Sie die Gewalt und wie wichtig sind die Wahlen?

... Es ist ein grundlegender Fehler der Verhandlungsparteien, der Nation ein Paket zu präsentieren, in dem die Hauptinstrumente der Gewalt, insbeson-

dere bewaffnete Einheiten und Strukturen, nicht unter gemeinsame Kontrolle gebracht worden sind.

Der PAC hat die Regierung getroffen, um über dieses Problem zu sprechen und wir werden diese Treffen fortsetzen. APLA (die Azanische Befreiungsarmee, d. Red.) und die Südafrikanischen Sicherheitskräfte werden sich ebenfalls treffen. Um ein friedliches und fruchtbares Klima zu schaffen, einigte sich das Treffen von Harare am 1. November 1993 auf ein gegenseitiges Moratorium. Die Mängel des TEC hinsichtlich der Sicherheitsfragen werden hoch oben auf der Tagesordnung stehen.

Der PAC war nie in den gegenseitigen Vernichtungskrieg in den Townships verstrickt. Die Massen erwarten vom PAC eine Lösung der Gewaltfrage, insbesondere, da die Unterzeichner des Nationalen Friedensabkommens sich gegenseitig für die andauernde Gewalt verantwortlich machen.

Die Landfrage ist die grundlegende Frage, die gelöst werden muß, um politische Stabilität und Wohlstand zu erreichen. Wir wollen klarstellen, daß politische Macht ohne wirtschaftliche Macht bedeutungslos ist. Land-Ansprüche haben nicht nur die, die ihr Land seit 1913 verloren haben, weil dies die Masse der landhungrigen Massen, einschließlich der acht Millionen sogenannten illegalen Siedler, ohne Land oder Hoffnung lassen wird. Alle, die seit 1652 enteignet worden sind, sollten ihr Land zurückerhalten. Dies ist die Bedeutung von Gerechtigkeit. Halbe Gerechtigkeit ist überhaupt keine Gerechtigkeit.“

Auf alle diese Fragen bieten die jetzt beschlossenen Abkommen keine Antwort. Mit der Übergangsverfassung sollen zwar alle jetzt noch bestehenden Apartheidsgesetze aufgehoben sein. Zwangsumsiedlungen ganzer Stadtteile, die von Afrikanern bewohnt werden, brutale Vertreibungen sogenannter illegaler Siedler sind aber nach wie vor an der Tagesordnung. Allein im letzten halben Jahr sind über eine halbe Million Menschen zwangsangesiedelt worden. Denn da die Afrikaner nicht die Besitzer von Grund und Boden sind, ist die Willkür der Eigentümer völlig legal. Wenn eine Stadtverwaltung beschließt, einen Stadtteil umzusiedeln, weil dies Grundbesitzer, Industrie oder Bergwerkskapitalisten fordern, wird dieser Forderung nachgegeben. Die andauernde Dürre im südlichen Afrika bedeutet insbesondere für die Menschen in den meist wasserarmen und unfruchtbaren Homelands große Hungerepidemien, bei denen bereits Tausende umgekommen sind. Eine schnelle Änderung der Macht- und der Besitzverhältnisse ist dringlich.

Quellen: *Informationsdienst südliches Afrika*, Nr. 5/93; Pressemitteilung des PAC vom 18. 11. 1993; *New African*, Oktober und November 1993 — (uld)



Der Informationsdienst südliches Afrika wird herausgegeben von der „Informationsstelle südliches Afrika e.V. (issa)“, Königswinterer Str. 116, 53227 Bonn. Ein Jahres-Abo kostet 50 DM. Informationsstelle und Redaktion sind zu erreichen über Tel. (0228) 46 43 69, Fax: (0228) 46 81 77.

Betriebsebene wirtschaften zu lernen, ohne die Planung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene aufzugeben. Zu diesem Zweck sind auch ein Helmut Kohl und seine Finanziers in China willkommen.

Entwicklungshilfe den Staaten des Commonwealth und ihren früheren Kolonien den Vorzug geben, so hat Asien für Japan aus historischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen Priorität.“ (2)

Wurde Afrika mit Gewalt unter europäische Botmäßigkeit und Kontrolle gebracht, so jagten die USA mit Krieg und Kriegsdrohung Lateinamerika den spanischen und portugiesischen Kolonialisten ab. So ziehen heute noch Europa vor allem aus Afrika und die USA aus Lateinamerika politischen und finanziellen Gewinn. Auf Asien hatten schon immer mehrere Großmächte Appetit, aber es war stets ein zu großer Brocken, als daß es von einer Macht allein verschluckt werden konnte. Daher wechselten in Asien die Zeiten der gemeinsamen Ausplünderung durch ausländische Großmächte mit Zeiten des militärischen Konflikts zwischen ihnen ab. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich das imperialistische Japan daran gemacht, die europäischen Kolonialmächte gewaltsam aus Asien zu verdrängen. Der Zweite Weltkrieg endete mit der Niederlage Japans und amerikanischer Vorherrschaft in Asien. Mit dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg Japans begannen japanische Geschäftsleute zunehmend die amerikanischen GIs zu verdrängen,

und japanische Fabriken in Asien gewannen an Bedeutung gegenüber amerikanischen Rollfeldern und Militärstützpunkten. Das ist das Geheimnis des „asiatischen Wirtschaftswunders“.

Daß sich jetzt deutsches Kapital verstärkt in Asien engagieren will, hat seine Gründe auch darin, daß die immer heftigere internationale Wirtschaftskonkurrenz in den nun seit acht Jahren ergebnislos verlaufenden GATT-Verhandlungen nicht gedämpft werden konnte. Die mächtigen Konkurrenten USA, Japan und Europa wollen ihre Märkte und Einflußzonen abgrenzen, die Weltwirtschaft wird wieder stärker regionalisiert. Regionale Wirtschaftsabkommen schaffen neue Wälle, hinter denen ein neues Kräftemessen vorbereitet wird. In diese Wälle soll der verstärkte Kapital-export Breschen schlagen, um dem Abfluß von Rohstoffen und Gewinnen und den Zufluß von Fertigprodukten und Kapital zu erleichtern.

China wird jetzt in deutschen Zeitungen zum Eldorado hochgejubelt, um den Lesern, die um ihre Arbeitsplätze bangen, schmackhaft zu machen, daß deutsches Kapital nicht in Ostdeutschland, sondern in Ostasien angelegt wird.

Es ist ein gut genährtes Vorurteil, daß die letzten 40 Jahre keinen großen Krieg

zwischen den reichen, imperialistischen Ländern gesehen haben, weil der amerikanischen Atomschild schützend über der westlichen Welt lag. Daran ist nur soviel wahr, daß nach dem letzten großen Kräftemessen im Zweiten Weltkrieg die USA, ähnlich wie England im 19. Jahrhundert, ein solches wirtschaftliches und militärisches Übergewicht über alle anderen Mächte hatten, daß kein Staat mit Aussicht auf Erfolg diese Supermacht hätte herausfordern können. Sicherlich angeblich im letzten Jahrhundert allein die englische Hochseeflotte den Weltfrieden, so in der jüngsten Vergangenheit die amerikanischen Atomraketen.

Beides hält jedoch nur solange vor, wie eine militärische Supermacht auch wirtschaftlich den Konkurrenten überlegen genug ist. Inzwischen hat sich jedoch der Abstand zwischen den kapitalistischen Großmächten erheblich verringert und er wird sich in den nächsten zehn Jahren noch weiter verringern. „Sobald sich aber die Kräfteverhältnisse geändert haben, wie können dann unter dem Kapitalismus die Gegensätze anders ausgetragen werden als durch Gewalt?“ (3)

Um deutsche Blutspuren, die bis nach China führen, zu verwischen, unterläßt

es kein „staatstragender“ Zeitschreiber, gleich auf die potentielle chinesische „gelbe Gefahr“ hinzuweisen — ungeachtet der Tatsache, daß die chinesischen Rüstungsausgaben in den letzten zehn Jahren gefallen sind, und nach glaubwürdiger westlicher Berichterstattung (4) China von den weltweit vorhandenen 257 Tonnen militärisch verwendbarem Plutonium gerade ein Prozent besitzt. Frankreich hat zwei Prozent von dem Bomben-Stoff, England vier Prozent, aber die USA 44 Prozent, Rußland, die Ukraine und Kasachstan zusammen 49 Prozent.

Wer trotzdem das Gerücht von dem „hochgerüsteten China“ (5) verbreitet, dann nur mit dem Hintergedanken, daß über kurz oder lang den deutschen Investitionen im Ausland Kriegsschiffe und Flugzeuge mit deutschen Soldaten folgen müssen.

— (Wal Buchenberg, 20. 11. 1993)

Quellen:
(1) *The Economist* Nr. 7811, 1993, Seite 79
(2) zit. nach *The Economist* Nr. 7814, 1993
(3) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Ausgewählte Werke in 3 Bde., II, Seite 845
(4) *The Economist* Nr. 7811, 1993
(5) Matthias Naß in der *Zeit* Nr. 46, 93.

Tarifforderungen der IG Metall

„Sicherung von Einkommen und Beschäftigung“

Die regionalen Tarifkommissionen der IG Metall haben in den vergangenen Wochen über die Forderungen beraten und beschlossen, mit denen ab Dezember die Tarifbewegung 1994 geführt werden soll. Nach unserem Überblick bewegen sich die Forderungen in ihrer Zusammensetzung und Höhe im Rahmen der Vorstandsempfehlungen: Das Forderungsvolumen beläuft sich auf 5,5 bis 6 %, die sich auf die „Sicherung von Einkommen und Beschäftigung“ verteilen sollen. Darüber hinaus fordern alle Tarifkommissionen, die gekündigten Urlaubstarifverträge (mit Urlaubsdauer, Weiterzahlung des Einkommens und zusätzlichem Urlaubsgeld von 50 %) unverändert wieder in Kraft zu setzen.

Als Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung fordert z. B. die Tarifkommission Nordrhein-Westfalen, ähnlich wie die anderen Tarifkommissionen:

- Ausschluß von betriebsbedingten Kündigungen für 12 Monate („Moratorium“).
- Übernahme der Auszubildenden nach Abschluß der Ausbildung — für mindestens sechs Monate, falls die unbefristete Übernahme nicht erfolgt.
- Qualifizierungsmaßnahmen während der Kurzarbeit.
- Stufenweise Herabsetzung der Arbeitszeit für ältere Beschäftigte auf eigenen Wunsch (Minderung um 1,4 % je reduzierter Stunde).
- Regelungen für Teilzeitarbeit (z. B. Wahlrecht der Beschäftigten, Einhaltung der Versicherungspflicht, Rückkehrrecht auf Vollzeitbeschäftigung).
- Verringerung der Mehrarbeit und für geleistete Mehrarbeit bezahlten Freizeitgleiches (einschließlich Zuschläge).
- Unbezahlte Freistellung von der Arbeit für einen längeren befristeten Zeitraum auf Wunsch des/der Beschäftigten mit Rückkehrrecht auf den bisherigen Arbeitsplatz.
- Vorziehen der 35-Std.-Woche bei anrechenbarem Lohnausgleich von 1,4 %.

In dem Maße, wie solche Maßnahmen betrieblich vereinbart werden, sollen ihre Kosten auf das Abschlußvolumen angerechnet werden können, also Lohn-erhöhungen entsprechend mindern.

Bleibt der Kampf um den Lohnstandard Tarifziel?

In den Äußerungen des IG Metall-Vorstands rückt die „Beschäftigungssicherung“ angesichts der Entlassungen mehr und mehr in den Mittelpunkt und die Lohnfrage nach hinten. Andererseits ist in der Diskussion — von der betrieblichen Ebene bis zu den Tarifkommissionen — nicht zu übersehen, daß viele auch dem Einbruch der Realeinkommen nicht zusehen wollen. Die Diskussion über die Forderungsstruktur war trotz der Krise, wahrscheinlich sogar wegen der Krise überraschend stark. Viele Vertrauensleute, Vertreterversammlungen und Funktionskonferenzen haben sich für eine stärkere Anhebung der unteren Einkommensgruppen mit Festgeld- oder Mindestforderungen ausgesprochen. In der Tarifkommission Nordrhein-Westfalen war nur eine knappe Mehrheit für die Prozentforderung, in der Tarifkommission Osnabrück/Emsland eine knappe Mehrheit für eine Festgeldforderung von 160 DM.

Die Befürworter solcher Strukturforderungen sind zwar in der Minderheit geblieben, aber in einer starken Minderheit, die auf den weiteren Gang Einfluß nehmen kann. Dafür spricht auch, daß sich die soziale Basis für Strukturforderungen offensichtlich derzeit erweitert. Die Forderungen kommen nicht mehr nur von Vertretern von Niedriglohnbe-reichen und Frauenausschüssen, sondern auch aus besser verdienenden Branchen und Beschäftigtengruppen. In Vertreterversammlungen und Tarifkommissionen wurden Festgeld- und Mindestforderungen auch aus der Automobilindustrie unterstützt, wo sie früher eher

unpopulär waren. Ein Kreis von Betriebsratsvorsitzenden aus der Automobilindustrie hat sich beim Vorstand der IG Metall dafür ausgesprochen, in Zukunft Lohnforderungen in Form von Strukturforderungen zu stellen. Die Erfahrung des Reallohnabbaus in der eigenen Umgebung und die Konfrontation mit neuer Armut in der Gesellschaft lassen offensichtlich auch Leute über ausreichende Mindestlöhne nachdenken, für die das früher kein Thema war.

4-Tage-Woche bei VW

In die regionalen Tarifforderungen ist nun der Tariffabschluß bei VW über die 4-Tage-Woche geplatzt, der zwar als Firmentarifvertrag von anderen Voraussetzungen ausgeht, aber doch auf die gesamte Tarifbewegung wirken wird. Etliche Punkte der VW-Regelungen sind noch unklar und nicht nachvollziehbar, manches ist nicht fertig verhandelt. Als „Eckpunkte“ listet das *Handelsblatt* auf:

- * Das Unternehmen verzichtet für die Laufzeit auf betriebsbedingte Kündigungen, garantiert also einen Belegschaftsstand von rund 100 000 Arbeitnehmern.
- * Es wird die Vier-Tage-Woche mit einer Wochenarbeitszeit von 28,8 Stunden bei fünfjähriger betrieblicher Öffnungszeit eingeführt, was einer Arbeitszeitverkürzung von 20 % entspricht. Die Löhne und Gehälter werden entsprechend reduziert.
- * Die für Oktober 1995 vereinbarte Einführung der 35-Stunden-Woche wird auf den 1.1.94 vorgezogen, und zwar mit vollem Lohnausgleich von 2,8 %.
- * Die zum 1.11.1993 tarifvertraglich fällige Lohnerhöhung von 3,5 % wird auf den 1. Januar 1994 verschoben, der Lohnausgleich von 2,8 % für die Arbeitszeitverkürzung wird auf diese Lohnerhöhung angerechnet.
- * Im Vorgriff auf die im August 1994 anstehende Tarifrunde wird ab 1. Januar ein Vorschuß von einem Prozentpunkt gezahlt.
- * Die bei VW übliche „Verschickung“, das ist ein zusätzlicher Sonderurlaub von 14 Tagen mit Lohnfortzahlung und einem Urlaubsgeld von 300 DM, fällt ersatzlos weg.
- * Die Jahressonderzahlung in Höhe von 96 % des Bruttoeinkommens, das 14. Monatsgehalt, sowie zwei Drittel des Urlaubsgeldes werden gezwölftelt und zur Auffüllung des reduzierten Monatsentgeltes auf dieses umgelegt.“ (1)

Als mögliche Arbeitszeitmodelle soll es neben der 4-Tage-Woche auch ein „Blockmodell“ mit acht bis neun Arbeitsmonaten und drei oder vier Monaten Freistellung oder Qualifikation geben sowie ein „Stafettenmodell“, bei dem junge, neu beginnende Beschäftigte mit kürzeren Arbeitszeiten beginnen und Ältere die Berufstätigkeit mit abnehmenden Arbeitszeiten beenden.

Für die künftige Lohnentwicklung wirkt sich negativ aus, daß mit der Arbeitszeitverkürzung auf 80 % auch die Bemessungsgrundlage der Löhne auf 80 % gesenkt worden ist.

Der VW-Konzern beziffert die Einsparung bei den Personalkosten mit 20 %, die IG Metall die Lohnminderung bei den Jahreseinkommen mit 10 %. Diese Rechnungen sind bisher nicht nachvollziehbar, und es kann sein, daß sich die Lohnverluste als höher herausstellen. Die IG Metall hebt die zweijährige Beschäftigungssicherung hervor und sieht darin die Forderung des Gewerkschaftsvorsitzenden Zwickel nach einem Beschäftigungsmoratorium verwirklicht. Außerdem sei das gewerkschaftliche Konzept der Arbeitszeitverkürzung als Mittel der Beschäftigungssicherung eindrucksvoll bestätigt.

Die IG Metall hat aber auch erstmals der massiven Arbeitszeitverkürzung von 35 Stunden (ab 1.1.94) auf 28,8 Stunden ohne Lohnausgleich zugestimmt. Die Verteilung von anderen tariflichen und betrieblichen Leistungen auf die monatlichen Zahlungen ändert daran unter dem Strich nichts. Zwei Drittel des



Urlaubsgelds werden für die Stopfung der monatlichen Einkommenslöcher verwendet und stehen als eigentliches Urlaubsgeld nicht mehr zur Verfügung — zu einem Zeitpunkt, wo Gesammetall bundesweit die Urlaubstarife gekündigt hat, um sie zu kürzen.

Praktisch stellt sich die Regelung bei VW als eine etwas abgemilderte allgemeine Teilzeitarbeit dar. Das mag für viele bei VW noch aufzufangen sein bei Löhnen, die deutlich über denen der Flächentarife liegen. Würde bei den Flächentarifen entsprechend verfahren, kämen viele in unhaltbare Zustände.

Die IG Metall müßte deshalb klarstellen, daß so etwas mit ihr nicht zu machen ist. Sonst kann sich ein Eindruck breit-machen, den das *Handelsblatt* schon eifrig pflegt: Daß die IG Metall nämlich nicht nur zur „Nullrunde“, sondern auch zur nominalen „Minusrunde“ ge-nötigt werden kann, wenn man sie mit Entlassungsdrohungen nur ausreichend unter Druck setzt. Der Vorstand der IG Metall hat Festgeld- und Mindestfor-derungen abgeblockt und damit signali-siert, daß er bei den Einkommen nachzu-geben bereit ist. Er tätete gut daran, diesen Eindruck sichtbar zu korrigieren und auch unter Krisenbedingungen für aus-reichende Mindestlöhne hart zu kämp-fen. Sonst wird nicht nur die Parole von der „Sicherung der Einkommen“ hohl, sondern auch die Mobilisierung für be-schäftigungswirksame Maßnahmen schwierig.

Betriebliche Öffnungen in die Tarife?

Für die Tarifpolitik der IG Metall stellt sich ein weiteres Problem. Nach dem VW-Tarif und den Opel-Betriebsverein-barungen wird der Druck noch größer werden, in den Flächentarifen betriebliche Öffnungsklauseln zuzulassen. Die Forderungspakete über beschäftigungs-sichernde Maßnahmen mit Anrechnung der Kosten auf die Lohnentwicklung wirken selber in die Richtung, die Tarife für betriebsindividuelle Lösungen zu öffnen. Der 2. Vorsitzende der IG Met-all, Walter Riester, hat etwas verklaui-siert schon zu erkennen gegeben, daß aus seiner Sicht in der betrieblichen Öff-nung der Tarifverträge — immerhin einer Forderung der Arbeitgeberverbände — eine Lösungsmöglichkeit der Tarifbewegung liegen könne. (2)

Darauf ist die IG Metall aber nicht ein-gestellt; erst recht nicht in der Krise, wo die Unternehmen betrieblich den Tarif-bruch schon nach Kräften betreiben. Und die Beschlußlage der IG Metall soll-te hier eigentlich auch zur Vorsicht zwin-gen: Die betrieblich-ertragsabhän-gige Gestaltung von Löhnen und Ar-beitsbedingungen auf Kosten von Tarif-verträgen wird dort jedenfalls abge-lehnt. Und die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß die betriebliche Öffnung von Tarifverträgen zu einer weiteren Erosion der Tarife führt. Ob die IG Metall also von sich aus die Wei-chen in Richtung „betrieblicher Lösun-gen“ stellen soll und wenn ja, wie, mit welchen Zielsetzungen und Sicherungen — das sollte keine Sache von schnellen Erklärungen sein, sondern Gegenstand einer gründlichen gewerkschaftlichen Diskussion.

Quellen: (1) *Handelsblatt*, 26./27.11.; (2) *Handelsblatt*, 24.11. — (rok)

MÜNCHEN

Konfessionslose in der Schule

Die Gesamtzahl der Menschen in der heutigen Bundesrepublik, die keiner Religionsgemein-schaft angehören, liegt inzwischen bei 20-25 Millionen; die Zahl der Kirchaustritte steigt seit 1990 rapide. Es darf behauptet werden: Noch nie hat es in Deutschland so viele kirchen- und religionsfreie Menschen gegeben — „Volkskir-che ade!“ In eindrucksvollen Schaubildern legte Wolfgang Proske die Entwicklungen dar. Wie reagiert die Schule darauf, wenn immer mehr Lehrer, Eltern und Schüler konfessionsfrei sind und dies auch leben und zeigen wollen?

Wenig bis gar nicht! Denn durch die gel-tenden Landesverfassungen in Bayern — aber auch in den Ländern Baden-Würt-temberg, Nordrhein-Westfalen, Rhein-land-Pfalz und Saarland — werden die öffentlichen Schulen praktisch zu christ-lichen Bekenntnisschulen der zwei Großkirchen. Nicht allein durch den Reli-gionsunterricht, sondern durch das, was noch außerdem festzustellen ist: Schulgebet, Kreuze im Klassenzimmer, Pflicht zum Schulgottesdienst. Nicht selten, in Bayern gar häufig, sind die Unterrichtsfächer in Grund-, Haupt- und Sonderschulen von christlichen In-halten durchdrungen — auch im natur-wissenschaftlichen und musischen Un-terricht! Was ist mit den konfessionslo-sen, muslimischen und anderen Kindern und deren berechtigten Ansprüchen?

Das Bundesverfassungsgericht sagt klar, der Staat sei „Heimstatt aller Bür-ger“ und „zur weltanschaulich-religiö-ser Neutralität“ verpflichtet, die „Privi-legierung bestimmter Bekenntnisse“ sei verboten, die Schule dürfe „keine mis-sionarische Schule“ sein und keine „Verbindlichkeit christlicher Glaubens-inhalte beanspruchen“.

Im Grundsatz ist alles theoretisch fest-gelegt — wenn nicht außer den Landes-verfassungen noch der Art. 7 III des Grundgesetzes wäre, der den Religions-unterricht an öffentlichen Schulen fest-schreibt. Er muß gestrichen werden — so das langfristige politische Ziel. Reli-gionslehre soll, wenn dies von den El-tern gewünscht wird, von den Kirchen voll übernommen und aus dem Schulall-tag herausgenommen werden. Dafür kann es auch keinen — für alle verpflich-tenden — „Ersatz“ geben. Es darf also kein Zwangersatzfach „Ethik“ geben. Stattdessen soll von der ersten Klasse an ein weltanschaulich neutraler Unterricht in Lebenskunde bzw. Philosophie für al-le Schülerinnen und Schüler ohne Be-rücksichtigung der Konfessionszugehö-rigkeit eingerichtet werden. Dann wäre die Diskriminierung der „Sonstigen“ neben den „Katholischen“ und „Evan-gelischen“ aufgehoben und es gäbe end-lich die garantierte Gemeinschaftsschu-le. Ein Nebeneffekt: Im Zusammenle-ben und -lernen von deutschen und nichtdeutschen Schülerinnen und Schü-lern wäre gegenseitiges Kennenlernen der kulturellen, weltanschaulichen und religiösen Wurzeln und Wertvorstellun-gen erleichtert. In der lebhaften Diskus-sion ... kamen eigene (mehr schlechte als gute) Erfahrungen im Schulbereich zur Sprache. Es wurden Fragen der per-

sönlichen Gegenwehr von Eltern erör-tert, Möglichkeiten der Lehrerinnen und Lehrer im Unterricht und Aktivitäten im politischen Bereich ...

(Wolfgang Killing, Humanistische Un- aus: *Lokalberichte München*).

HAMBURG

Das neue Asylgesetz zeigt Wirkung

Die verschiedenen gesetzlichen Beschrän-ken, welche im Laufe der letzten zwei Jahre gegen Flüchtlinge in Stellung gebracht worden sind, zeigen Wirkung.

Da wäre zunächst die schrittweise Um-setzung des am 1.7.92 inkraftgetretenen „Asylbeschleunigungsgesetzes“ zu-nennen, welches sich mit seinen am 1.4.93 inkraftgetretenen Durchfüh-rungsbestimmungen auf die jetzt laufen-den Asylverfahren durchschlägt. Des-sen Regelungen sehen bundeseinheitlich vor, daß alle neu ankommenden Flücht-linge bevorzugt in Sammelagern unter-zubringen seien und schränkt darüber hinaus entscheidend die Rechtsstellung von Flüchtlingen in den Anhörungs- und Widerspruchsverfahren ein.

Seit dem 1.7.93 ist ein neues „Asyl-verfahrensgesetz“ in Kraft, besser be-kannt als die faktische Abschaffung des Asylrechtes durch die Bundestagsmehr-heit (Änderung des Art. 16 GG. mit seinen Ausführungsbestimmungen). Die beiden wichtigsten Änderungen hierbei bestanden in der Einführung von Län-derlisten sogenannter Nichtverfolger-staaten (bisher: Bulgarien, Gambia, Ghana, Polen, Rumänien, Senegal, Slo-wakische Republik, Tschechien, und Ungarn) und der Drittstaatenregelung, welche besagt, daß Asylanträge nur noch im Erstaufnahmeland gestellt wer-den können.

Nach Angaben von Pro-Asyl führt die Anwendung der Drittstaatenregelung in der Konsequenz auch zu vermehrten Kettenabschiebungen in die Herkunftsländer. Bürgerkriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien und sogar Kosovo-Alba-nien, die in der BRD seit September 92 „generell“ als Gruppenverfolgte aner-kannt wurden, werden jetzt — sofern sie über Österreich eingereist sind — dahin zurückgeschoben. Für das österreichi-sche Bundesasylamt wiederum gilt be-reits die angenommene Durchreise durch Slowenien und Kroatien als Auf-enthalt im sicheren Drittstaat und führt zur Rückschiebung. Gleiches gilt bei-spielsweise auch für Griechenland, daß seinerseits an Serbien und den Iran ab-schiebt.

Stolz verweisen die Liquidatoren des Asylrechtes auf die Statistik: im dritten Quartal 93 ist ein bundesweiter Rück-gang der Asylanträge um 60 % gegen-über dem gleichen Zeitraum 92 zu ver-zeichnen (FR, 6.10.93). Auch in Ham-burg ging die Anzahl der Antragsteller-Innen von 986 im April auf 373 im Au-gust (taz 3.9.93) zurück. Die vom Bun-desamt für die Anerkennung ausländi-scher Flüchtlinge „abgearbeiteten Asy-lanträge“ haben sich in den ersten sieben Monaten dieses Jahres fast verdoppelt, denn — wie andernorts auch — erhalten

„Bessere Schulen“ — DGB unterstützt Volksbegehren

Schweinfurt. Überfüllte Schulklassen, veraltete Lehrpläne und fehlende Be-treuungsangebote bestimmen den Alltag an Bayerns Schulen. Nach Auffassung des DGB-Kreises Main-Rhön/Schwein-furt ist deshalb eine Reform des Schul-wesens dringend erforderlich. „Bayern braucht Schulen, die leistungsfähig und pädagogisch, menschlich und demokratisch sind“, erklärte DGB-Kreisvorsit-zender Haferkorn. Das Volksbegehren „Bessere Schulen“ strebt u. a. an, daß keine Klasse über 30 Schüler haben dürfte. Alle Schulen müßten Betreu-ungsangebote am Nachmittag machen. Dringend erforderlich sei es auch, die Lehrpläne zu entrümpeln. Schließlich gehe es dem DGB auch um die Gleich-wertigkeit von beruflicher und allgemei-ner Bildung.

(nach: *Nachrichten und Standpunkte*, Schwein-furt)

3. — 5. 12.: Kongreß des „Solinger Appells“

Solingen. „Kein Vergessen — Handeln!“ So lautet der Titel eines Kongresses ge-gen Rassismus und Neofaschismus, der

am Wochenende in Solingen stattfindet. Sechs Monate nach dem faschistischen Mordanschlag soll damit ein Beitrag zur Vernetzung antifaschistischer Gruppen und Organisationen geleistet werden. Besonders die Forderungen nach Wahl-recht für Ausländer/innen und nach der doppelten Staatsbürgerschaft sollen im Mittelpunkt stehen. Eröffnet wird der Kongreß mit einer Veranstaltung am Freitag, 3.12., bei der auch der Ober-bürgermeister der Stadt Solingen, Kam-mer (SPD), sprechen wird. Am Samstag sind 21 „Workshops“ zu Themen wie „Ursachen von Rassismus“, „Antisemitismus heute“, „Rechtsextremismus im Wahljahr 1994“, „Betrieb und Ge-werkschaften — was tun?“ oder „Ras-sismus und deutsches Großmachts-treben“. Abgeschlossen wird der Kongreß mit einer Podiumsdiskussion am Son-ntag, zu der Vertreter von Kirche, Ge-werkschaft, Immigranten-Organisa-tionen, VVN-BdA und Autonome Antis- eingeladen sind. — (wof)

Energiekonzerne: Fusion vorerst gescheitert

Karlsruhe. Für den von der Landes-regierung seit Jahren angestrebten ba-württembergischen Energiekonzern

in Hamburg nur noch 20 % der Antragssteller ein „normales“ Asylverfahren. Alle restlichen Anträge werden nach wenigen Tagen als „offensichtlich unbegründet“ eingestuft. Den Flüchtlingen verbleibt eine Dreitägessfrist, sofern sie einen Anwalt finden, um vor dem Verwaltungsgericht zu klagen. Die gesamte Verfahrensdauer vom Erstantrag bis zum letztinstanzlichen Beschwerdeverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht soll in nicht länger als sechs Wochen abgeschlossen sein.

Die Abschiebungen erfolgen unmittelbar. Die bisherigen Abschiebeplätze in der JVA-Suhrenkamp reichen in dieser Situation offenbar nicht mehr aus. 30 weitere Abschiebebehälter sind im UG-Holstenglacis untergebracht worden (Hamburger Abendblatt, 13.8.93). Die Justizbehörde plant deshalb zusätzlich den Bau weiterer Abschiebeeinrichtungen, zunächst Container für 80 Abschiebebehälter im Knast Glasmoor (a.a.O.). Eines der vier zur Erstaufnahme von Asylbewerbern bereitgestellten „Wohn“-Schiffe wurde aufgrund der zurückgegangenen Asylanträge nun mit Kriegsflüchtlings aus Bosnien belegt, obwohl die „Wohn“-Schiffe für eine Langzeitunterbringung nicht geeignet sind und ihr Standort als unzumutbar bezeichnet werden muß.

Insgesamt legt die Sozialbehörde ihren Schwerpunkt auf die Senkung der Unterbringungskosten — raus aus den Hotels und rein in die Pavillondörfer — und auf die Schaffung von Sammelunterkünften. In den Pavillondörfern beträgt die Wohndauer für Flüchtlinge oder Aussiedler maximal fünf Jahre. Danach gelten sie aufgrund der Schnellbauweise als verbraucht. Daneben werden Flüchtlinge weiterhin auf Containerlager verteilt, welche 1992 als unvermeidbare, aber vorübergehende Notunterbringung eingerichtet wurden.

Die schrittweise Auflösung einzelner Containerdörfer läßt sich denn auch

nicht von dringend zu verbessernden Lebensbedingungen, sondern vom Gedanken der Abschreckung und Opportunität leiten. Während im Villenvorort Blankenese eine Containerunterkunft einem Tennisplatz weichen mußte, werden weiterhin Flüchtlinge in die Notunterkünfte Dradenau und Waltershofer Straße zugewiesen, die fern jeder menschlichen Siedlung, mitten im Industriegebiet und am Autobahnrand liegen. Es ist klar, daß das ganze Programm darauf setzt, daß die Hamburger Behörden zukünftig mit erheblich weniger Flüchtlingen rechnen und die Leichtbauunterkünfte eben auch leichter und flexibler aufzulösen sind als andere Varianten.

Zeitgleich mit der Grundgesetzänderung und den Asylverfahrensgesetzen wurde bundesweit das „Asylbewerberleistungsgesetz“ eingeführt, welches seit dem 1.11. in Kraft ist. War nach dem Bundessozialhilfegesetz bisher nur eine Einschränkung im Einzelfall möglich, ist jetzt der „Mindestunterhalt während des Asylverfahrens eigenständig geregelt“ und erfolgt „eine deutliche Absenkung der bisherigen Leistungen“, nämlich um 25 %. Flüchtlinge ab dem 16. Lebensjahr werden statt bisher DM 517,— nur noch DM 440,— angerechnet. Zusammen mit der weiter forcierten Umstellung von Geld auf Sachleistungen bedeutet dies, daß für alle Flüchtlinge innerhalb des ersten Jahres gilt, was in den Erstaufnahmeeinrichtungen schon länger Praxis ist: Vollverpflegung und DM 80,— bar als Taschengeld.

Warengutscheine sind nach Meinung der Behörden „in einer Millionenstadt wie Hamburg“ nicht praktikabel — wohl aber die Ausgabe von Lebensmittelpaketen, die beispielsweise auf Anweisung des Bezirksamtes in Norderstedt seit dem 1.11. ausgegeben werden.

Quellen: Bürgerschaftsdrucksache 14/3776, off limits 10.93, Zeck 11/93) — (kun)

KONSTANZ

Antifaschistische Kandidatur vorbereitet

Schon seit Mitte des Jahres trifft sich in Konstanz ein Arbeitskreis „linke, antifaschistische Kandidatur“ mit dem Ziel, eine Kandidatur zu den Kommunalwahlen im Juni nächsten Jahres auf die Beine zu stellen.

Initiiert hat diese Treffen die Alternative Linke Liste Konstanz (ALL), die bei den letzten Wahlen mit 2,48 % Stimmenanteil nur sehr knapp einen Sitz im 40-köpfigen Gemeinderat der 75000 Einwohner zählenden Stadt am Bodensee verpaßt hatte.

Auch nach den Wahlen hat die ALL, in der Mitglieder von DKP, BWK, Volksfront und auch einige Leute aus dem autonomen Spektrum mitarbeiteten, mehr oder weniger kontinuierlich weitergearbeitet — wenn auch auf enger personeller Basis. Dabei rückten angesichts immer massiver werdender rechter Umtriebe auch in Konstanz in den vergangenen Monaten antifaschistische Aktivitäten immer stärker in den Mittelpunkt. So hat sich die ALL unter anderem an einer antifaschistischen Gemeinderatsinitiative beteiligt, mit der die Stadtverwaltung gezwungen werden sollte, die öffentlichen Aktivitäten rechter Gruppierungen zu unterbinden.

Trotz dieser Kontinuität war eine erneute Kandidatur nicht unumstritten. So wurden auf einem ersten Treffen, zu dem alle interessierten linken Gruppen und Initiativen sowie die Kandidatinnen und Kandidaten der ALL bei den Kommunalwahlen 1989 eingeladen worden waren, auch Auffassungen laut, angesichts der Schwächung der Linken in den vergangenen Jahren auf eine Beteiligung an den Wahlen zu verzichten, da die nötigen Anstrengungen in keinem Verhältnis zum zu erwartenden Erfolg stünden. Tatsächlich hatte in der Zeit seit 1989 vor allem die DKP in Konstanz unter einer starken personellen Auszehrung zu leiden, aber auch das autonome Spektrum ist schwächer geworden. Trotzdem setzte sich letztlich jedoch die Auffassung mit großer Mehrheit durch, daß angesichts der zu erwartenden faschistischen Mobilisierung und der massiven Rotstift- und Sozialabbaupolitik des Bürgerblocks eine linke, antifaschistische Kandidatur nicht nur nötig sei; sie habe auch Aussicht auf Erfolg, wenn es gelinge, mit vorhandenen sozialen und politischen Initiativen — wie etwa dem Arbeitskreis Asyl oder auch einem Verein, der für ein autonomes Jugendzentrum kämpft — zusammenzuarbeiten.

Bislang haben die Interessenten an einer linken, antifaschistischen Kandidatur vor allem besprochen, welche Themen zu den Kommunalwahlen bearbeitet werden müssen beziehungsweise welche bearbeitet werden können. Erste Arbeitsgruppen wurden unter anderem zu den Themen Kommunale Finanzen, Antifaschismus, Ausländer-/Flüchtlingspolitik, Frauenpolitik, Wohnungsbau-/Obdachlose, Jugendpolitik eingerichtet. Zu den Punkten Kommunalfinanzen und Jugend liegen inzwischen erste Thesenpapiere vor. — (jüg)

LLN arbeiten und auch für diese kandidieren. — (mio)

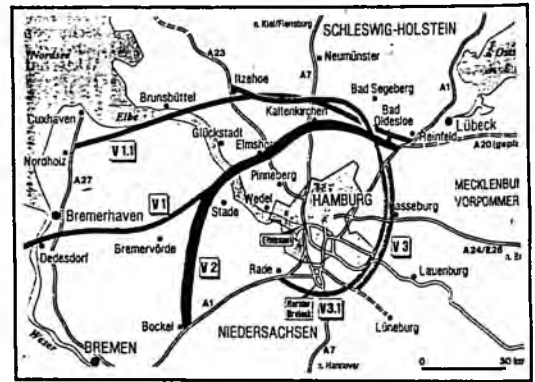
Senat vertreibt Flüchtlinge in schlechtere Unterkünfte

Hamburg. Systematisch betreibt die Hansestadt die Verschlechterung der Wohn- und Existenzbedingungen der Flüchtlinge. Zum Jahresende soll unter faden-scheinigen Vorwänden die Unterkunft Kattunbleiche geschlossen werden, ein Haus, das wenigstens abgeschlossene Wohneinheiten aufweist. Die Bewohner sollen in mitten in Industriegebiet liegende Gemeinschaftsunterkünfte mit 8-Bett-Zimmern, gemeinschaftlichen Sanitäreinrichtungen und Gemeinschaftsküchen verfrachtet werden. Bewohner eines Containerdorfes in Heimfeld wurden in diesen Tagen angewiesen, in schlechtere Unterkünfte in zwei besonders trostlose Lagern in Dradenau und Waltershof umzuziehen. Es kam vor, daß die Behörden den Flüchtlingen drohten, Wasser und Strom zu sperren, wenn sie nicht freiwillig ausziehen. Bei den Fällen ist gemeinsam, daß die Flüchtlinge mehr als anderswo in den Stadtteil integriert sind und sich, gemeinsam mit anderen Stadtteilbewohnern, gegen Vertreibung wehren. — (scc)

Die 4. Elbtunnelröhre

Verkehrskonzept für die Expansion

Hamburg. Es ist kaum übertrieben zu behaupten, daß die Vorgaben der Handelskammer Hamburg, im besonderen ihre Vorgaben für die weitere Verkehrsplanung, die „rot-grünen“ Verhandlungen zum Platzen gebracht haben.



Bündnis 90/Die Grünen (GAL) haben, bei mancher Schwankung, die Großprojekte 4. Elbtunnelröhre, Hafenerweiterung, Elbvertiefung und Hafenquer-sperre (eine Verbindung von A1 und A7) nicht mittragen wollen und können — Projekte, die die Handelskammer für das Wohl und Wehe der „Metropole Hamburg“ für entscheidend hält.

Die für viele eher langweilig anmutende Auseinandersetzung ist von großer Tragweite. Mit den Großprojekten wird eine Entwicklung vorangetrieben, deren Folgen weitreichend sind und die nur schwer rückgängig zu machen ist.

Das zeigt bereits die bisherige Entwicklung. 1975 wurde der Elbtunnel mit drei Röhren in Betrieb genommen. Das hat nicht zu einer Entlastung der vorhandenen Elbquerungen, sondern zu einer weiteren Verlagerung des Verkehrs auf die Straße geführt. Fast von einem Tag auf den anderen querten statt 169000 rund 200000 Kraftfahrzeuge die Elbe. Heute passieren täglich über 100000, in Spitzenzeiten 130000 Kfz die drei Röhren, die eigentlich auf eine Tageslast von 65000 berechnet sind. Die 4. Röhre soll, so die Planung, die Kapazität auf 105000 Kraftfahrzeuge erhöhen. Doch kann schon jetzt als sicher gelten, daß ihre Fertigstellung wiederum nicht zur Entlastung der bestehenden Röhren und ebensowenig zur Reduzierung des Dauerstaus (1990: 1300 Stautunden im Tunnel) führen, sondern die weitere Steigerung des privaten PKW- und LKW-Verkehrs herausfordern wird.

Nach Prognosen, die jüngst der CDU-Verkehrsexperte und -Bürgermeisterkandidat Fischer abgab, soll der private Personenverkehr auf der Straße bis ins Jahr 2010 noch einmal um 30 %, der Güterverkehr auf der Straße sogar um 95 % steigen (Hamburger Abendblatt vom 13.10.93). Hinter diesen als Prognosen getarnten Zahlen verbergen sich knallharte Gestaltungsvorstellungen, die mit Großprojekten wie der Elbtunnelröhre durchgesetzt werden sollen.

1. Die Mobilität der Arbeitskraft soll immer noch weiter gesteigert werden. Schon heute haben die Pendlerströme nach Hamburg (und aus Hamburg hinaus) gewaltige Ausmaße erreicht: Rund 350000 Menschen dürften auf dem Weg von der Wohnung zur Arbeit und zurück die Landesgrenze passieren, mehr als zwei Drittel von ihnen mit dem privaten PKW (faz, 17.3.93, Hamburg in Zahlen, 11 und 12/92). Die gesellschaftlichen Probleme des Massenpendelns sind beträchtlich, angefangen von der Belastung der zur Mobilität Gezwungenen bis zu den tiefen Stadt-Land-Widersprüchen, die darin zum Ausdruck kommen. Die Pendelbewegung von Mecklenburg-Vorpommern nach Hamburg zum Beispiel (z. Zt. täglich rund 20000) ist ausschließlich aus der brutalen Entindustrialisierung dieses ostelbischen Bundeslandes zu erklären.

Der Bau der 4. Elbtunnelröhre stützt die beabsichtigte und betriebene Expansion der Hansestadt ins südliche Umland ab.

2. Hamburg wird zu einem Hauptstützpunkt der Konzernexpansion, die die Großraumwirtschaft weiter nach Norden und vor allem Osten auszuweiten trachtet. Die Verlagerung von Produktionsstellen nach Osten ist in vollem Gange: Jungheinrich und Still/Linde werden vom kommenden Jahr an die Gleichstrommotoren für ihre Gabelstapler im tschechischen Brünn fertigen, wodurch in Hamburg 300 Arbeitsplätze verloren gehen. Schwarzkopf läßt in Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien und der GUS fertigen, Tschibo röstet in Tschechien, Ungarn und Polen sind geplant. Reemtsma produziert Zigaretten in Ungarn und in der Slowakei. Beiersdorf hat ebenfalls Tochtergesellschaften in Ungarn und der Tschechischen Repu-

blik gegründet, Fielmann will demnächst in der GUS Brillen fertigen.

Die immer verzweigtere Arbeitsteilung innerhalb der nach Osten expandierenden großräumigen Zentralwirtschaft bedarf einer Verkehrsinfrastruktur, die den möglichst schnellen, reibungslosen und billigen Transport von Produkten in alle Himmelsrichtungen und über große Entfernungen sicherstellt.

Hamburg werde, so schwärmt der bereits zitierte Dirk Fischer, „immer mehr zum Schnittpunkt großer Verkehrsströme“. Wichtiges Indiz für die Entwicklungsrichtung sind die im Hafen umgeschlagenen Transitgüter, die von dort aus zum größten Teil über die Straße weitertransportiert werden. Die skandinavischen Länder sind, mit kräftigen Steigerungsraten, die Hauptzielländer. Noch größere Steigerungsraten als sie verzeichnet Polen (1992: 56 % mehr als 1990).

Die 4. Elbtunnelröhre dient, neben dem Pendlerverkehr, in erster Linie dem überregionalen Verkehr in der Nord-Süd-Ausrichtung; sie müsse dringend, so Fischer, durch den Ausbau einer West-Ost-Verbindung ergänzt werden. Weitere Planungen befassen sich entsprechend mit einer Verbindung mit der geplanten Autobahn Lübeck-Szczecin.

3. Der Schwerpunkt des Verkehrs wird eher noch mehr auf die Straße verlegt, d.h. vor allem auf den Güterverkehr per LKW. Für die privaten Konzerne hat das viele Vorteile.

Wer richtet sich nach wem? Die private Wirtschaft nach der gesellschaftlich bereitgestellten Infrastruktur oder die gesellschaftlich bereitgestellte Infrastruktur nach den Anforderungen der privaten Kapitaleigner?

Die Zulieferung von Teilen und Produkten „just-in-time“ ist mit dem Güterverkehr per Bahn kaum möglich. Hier haben sich die Konzerne stark nach den vorgegebenen Kapazitäten und Zeitplänen zu richten. Beim Schwerpunkt Straßenverkehr beherrschen ihre Maßgaben dagegen die infrastrukturelle Ausrichtung. Das beginnt damit, daß die infrastrukturelle Vorlaufzeit beim Straßenbau von der Anmeldung des „Bedarfs“ über die Planung bis zur Fertigstellung um ein Vielfaches kürzer ist als etwa beim Eisenbahnbau. Ferner können die Konzerne den Umstand, daß die privaten Spediteure nur scheinbar in eigener Regie fahren, tatsächlich aber in einem engem Abhängigkeitsverhältnis stehen, zum Diktat der Bedingungen nutzen, was vor allem eine extreme Ausbeutung der Arbeitskraft der LKW-Fahrer, Arbeit rund um die Uhr, beinhaltet. Die gegenwärtigen Deregulierungsmaßnahmen im Güterstraßenverkehr verbessern die Möglichkeiten der Konzerne, die Transportkosten auf ein Minimum zu reduzieren, noch einmal erheblich — Möglichkeiten, die im Güterbahnverkehr nur sehr eingeschränkt bestehen.

Daß Bündnis 90/Die Grünen der 4. Elbtunnelröhre für Autos nicht zustimmen, sondern stattdessen für eine Schienenröhre eintraten, hat die SPD nicht schlucken wollen. Die die Verhandlungen begleitenden Kommentare der Handelskammer machten überdeutlich, daß den Konzernen, als deren Repräsentantin die Handelskammer fungiert, jeder noch so vermittelte Einfluß der Öffentlichkeit auf die Infrastruktur ein Greuel ist. Die eher an dezentralem Wirtschaften orientierten verkehrspolitischen Vorstellungen von Bündnis 90/Grünen sind trotz aller Kompromißbereitschaft für die Expansion der zentralistischen Großraumwirtschaft ein Hindernis.

Die SPD scheint die Maßgaben der Handelskammer für den Ausbau der Infrastruktur jetzt in einer Koalition mit der STATT-Partei umsetzen zu wollen. — (scc, ulj)



der aus der Fusion von Badenwerk und Energieversorgung Schwaben (EVS) entstehen soll, hat der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe zur Bedingung gemacht, daß der Sitz der Managementholding in Karlsruhe sein muß statt wie vorgesehen in Stuttgart. Auch die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer und die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat des Badenwerks lehnten die Fusionspläne ab, die vorsahen, die Managementholding in Stuttgart anzusiedeln und in Karlsruhe die operative Tochter für Kraftwerke und Verbund. Der Aufsichtsrat des Badenwerks hat am 25.11. gegen die bereits vom Bundeskartellamt genehmigte Fusion gestimmt. Damit ist sie vorerst vom Tisch. Die Grüne Liste hatte gegen die Resolution gestimmt. Der Grüne Landtagsabgeordnete Stolz: „Dezentralität und kleine Erzeugungs- und Versorgungseinheiten sind die Zukunftstrukturen eines verantwortlichen Umgangs mit Energie. Dem widerspricht der Drang zu großen Fusionen, wie sie angeblich angesichts des EG-Binnenmarktes notwendig sind.“ Die Grünen befürchten auch, daß eine Fusion der beiden großen Konzerne dazu führt, daß kommunale Energieunternehmen unter Druck gesetzt werden, an die Konzerne zu verkaufen. — (map)

Linke Liste Niedersachsen kandidiert mit Landesliste

Hannover. Am 6.11.93 billigten die 50 anwesenden Mitglieder der LLN programmatische Aussagen zu den Landtagswahlen, die zuvor in sechs Arbeitsgruppen erarbeitet und diskutiert wurden. Die Ergebnisse werden Anfang Dezember in einer Broschüre veröffentlicht. Für die Bildung der Landesliste stellten sich 26 Mitglieder zur Verfügung. Während DKP Niedersachsen und BWK Niedersachsen/Bremen die Wahlpartei LLN unterstützen, hat die LMV der PDS/Linke Liste Niedersachsen-Bremen folgenden Kompromiß beschlossen: „Die PDS/Linke Liste kandidiert nicht bei den Niedersachsen-Wahlen 1994. Sie nimmt nicht als Partei an der neuen Wahlpartei teil. Der Landesverband bekräftigt seinen politischen Willen, mit den Kräften, die sich in der Wahlpartei zusammengefunden haben, politisch zusammenzuarbeiten und entsprechend der Wahlstrategie „PDS/Offene Liste“ die Verankerung linker Kräfte im Wahlkampf gemeinsam anzugehen. Dabei läßt sich der Landesverband vom Beschluß des Bundesparteitag leiten.“ Somit können die Mitglieder des KV Hannover und andere in der

Kurz berichtet

Metalltarifverhandlungen erstmals am 15. Dezember

Am 15. Dezember verhandelt die IG Metall erstmals über die von den Arbeitgebern zum Ende des Jahres gekündigten Lohn- und Gehalts- sowie Urlaubstarifverträge. Schon jetzt ist durchgesickert, daß die Kapitalisten eine zweistellige Kostenentlastung anstreben. Also Senkungen von Urlaubsanspruch, Urlaubsgeld und Lohn soll die Arbeitskräfte um mindestens 10 Prozent verbilligen. Es geht konkret um die Beschäftigten im sogenannten Tarifgebiet 1, also um die Westberliner Bezirke. Die IG Metall fordert wie in Baden Württemberg demgegenüber sechs Prozent mehr Lohn und Gehalt sowie die ungeänderte Wiederinkraftsetzung der Urlaubstarifverträge. Im Moment laufen in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie einerseits Vorbereitungen auf die befürchteten „kalten Aussperrungen“ der Kapitalisten infolge von Fernwirkungen eines Arbeitskampfes in anderen Tarifgebieten. Andererseits bemühen sich die betrieblichen Funktionäre um die Verbesserung des Organisationsgrades und die Aktualisierung der betrieblichen Mitgliederlisten, um für eine eventuelle Urabstimmung über Streikmaßnahmen gerüstet zu sein. — (brr)

Markus Wolf mit Schlußwort in seinem Prozeß

Am 24. 11. hielt Markus Wolf sein Schlußwort in dem gegen ihn wegen Landesverrat geführten Prozeß vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts in Düsseldorf. Anwesende Zuschauer quittierten es mit Beifall. Wolf rief im Stille Liebkechts, „auch Sozialist und Kriegsgegner“, seinen Anklägern zu: „Ihre Ehre ist nicht meine Ehre“.

Verteidiger Schwann hatte in Übereinstimmung mit seinem Mandanten, der diesen Prozeß als Farce bezeichnete, die Aussetzung des Verfahrens beantragt. Schwann forderte das Gericht auf, vor dem Urteilsspruch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes abzuwarten, das darüber befinden muß, ob es rechtmäßig ist, ehemalige Mitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS wegen Spionage und Landesverrat strafrechtlich zu verfolgen. Am 6. 12. wird der Urteilsspruch des Oberlandesgerichtes erwartet.

Wolf machte abermals deutlich, daß er für die auf der Grundlage der Verfassung und der Gesetze der DDR erfolgten Handlungen der ihm unterstellten Mitarbeiter die volle Verantwortung trägt und übernimmt. Alle Versuche, ihm und seinen Mitarbeitern kriminelle Handlungen anzulasten, seien gescheitert, weil derartige Verletzungen der Menschenrechte den nachrichtendienstlichen Zielen fremd waren. Wolf wiederholte: „Dieses Gericht wird mich verurteilen. Gleich, welches Strafmaß es verhängt, es wird ein politisches Urteil sein.“ Ein notwendiges Schlußwort zur rechten Zeit!

Quelle: ND, 25. 11. 93 — (abe)

Unterschiedliche Lebensbedingungen zementiert?

Die Sondierungsgespräche im Rahmen der festgefahrenen Tarifverhandlungen zur Übertragung der Zusatzversorgung (VBL) für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Ostdeutschlands wurden am 15. 11. seitens der ÖTV vorzeitig abgebrochen. Obwohl die öffentlichen Arbeitgeber zugesagt hatten, konkretes Datenmaterial über die ihnen entstehenden Kosten auf den Tisch zu legen, taten sie wiederum nichts anderes als über die finanzpolitischen Rahmenbedingungen zu klagen. Die Nichtübertragung der VBL stellt für die ÖTV „der erste Schritt zur Zementierung von unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen“ dar, der „eklatant gegen die Bestimmungen des Einigungsvertrages verstößt“. Am 11. 12. wird die Tarifkommission (Öst) über das weitere Vorgehen beraten. — (har)

Sonderkündigungsregelung bis Ende 1995 geplant

Die Mutmaßungen, daß eine erneute Verlängerung der im Einigungsvertrag vorgesehenen Sonderkündigungsregelung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst geplant ist, haben sich bewahrheitet. Mit den Stimmen der SPD hat die Bundesregierung einen entsprechenden Gesetzesantrag verabschiedet, der eine Verlängerung bis zum 31. 12. 95 (!) vorsieht. Voraussichtlich wird er am 17. 12. 93 im Plenum des Bundesrates beraten werden. Dies ist der letzte Termin, um diese Verlängerung zu beschließen, aber auch, um sie zu verhindern. Das ÖTV-Verbindungsbüro in Bonn hat alle Bezirksvorsitzenden aufgerufen, ihre Einflußmöglichkeiten zu nutzen, um das Gesetz zum Scheitern zu bringen.

Bereits gegen die erste Verlängerung (über den 2. 10. 92 hinaus bis 31. 12. 93) hatten 301 Kolleginnen und Kollegen Verfassungsbeschwerden eingereicht. Das Bundesverfassungsgericht hat diese jedoch nicht angenommen und die Klagen an die Arbeitsgerichte verwiesen. Bisher ist noch kein Verfahren in der 2. arbeitsgerichtlichen Instanz angekommen, so daß ein rechtskräftiges Urteil noch längere Zeit auf sich warten lassen wird. Die ÖTV betrachtet die Verlängerung der Sonderkündigungsregelung als verfassungswidrig und warnt davor, den Einigungsvertrag und den Sonderstatus des öffentlichen Dienstes zu mißbrauchen. — (har)

Berichtigung:

Versichtlich erschien es in der Berichterstattung in den *Politischen Berichten* Nr. 24 so, als ob die Antifaschistische Initiative Moabit (AIM) sich an der Demonstration unter dem Motto „Scheiß nit, Brüder, lescht dos Faier“ beteiligt hätte. Tatsächlich veranstaltete die Initiative wie schon in den Jahren zuvor selbständig eine Demonstration durch den Stadtteil Tiergarten, an der sich 1500 Leute beteiligten. — (chk)

Die Konferenz setzt sich für eine entschiedene Wende in der Strafrechtspolitik gegenüber denen ein, die angeblich politische Straftaten in der DDR oder in ihrem Auftrag begangen haben. Wir übersehen nicht die Befürchtungen und das Unbehagen kluger Politiker, die vor den verheerenden politischen Folgen dieser Politik warnen und bis hin zur Forderung nach einer Amnestie gehen. Taten werden dem nur folgen, wenn der Druck der Proteste stärker wird. Nur dann wird es gelingen, einen Zustand zu überwinden, da ein Siegerstaat das Recht im Geist der Rache und Vergeltung politisch instrumentalisiert, wie dies in der Einrichtung und Orientierung der „Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität“ und in der rigorosen Korrektur der Verjährungsfristen seinen Ausdruck findet.

Wir fordern deshalb, daß die Regierenden die Kampagne einstellen, mit ideologischen Kampfbegriffen wie „Unrechtsstaat DDR“ das Recht, die Ermittlungsbehörden und die Justiz darauf festlegen, den Staat DDR zum Ob-

jekt von Strafverfahren zu machen. Wir sehen in der strafrechtlichen Verfolgung von Hoheitsträgern der DDR, von Grenzsoldaten, von Richtern und Staatsanwälten, von Mitarbeitern der Auslandsaufklärung bzw. Abwehrendienststellen der DDR eine nachträgliche Revision der Voraussetzungen der deutschen Einheit als eines völkerrechtlichen Aktes.

Rechtspolitische Forderungen Erklärung der Konferenz

Es geht nicht um die Rechtfertigung oder die Vertuschung tatsächlicher Verbrechen. Beendet aber werden muß die Strafverfolgung für Handlungen, die im Rahmen des DDR-Rechts legal waren oder nach dem Einigungsvertrag straffrei sind.

Wir wenden uns entschieden dagegen, daß das Strafrecht, wie hinsicht-

lich des Rückwirkungsverbot, in der Verjährungsfrage und mittels Konstruktion eines „überpositiven Rechts“ der Politik der Vergeltung angepaßt wird, unter Verletzung elementarer rechtsstaatlicher Prinzipien.

Von Strafverfolgung freizustellen sind alle hauptamtlichen Mitarbeiter der Auslandsaufklärung der DDR.

Der Kalte Krieg ist angeblich zu Ende. Die BND-Spione gehen nach dem Wegfall des DDR-Strafanspruchs straffrei aus. Das Gleichbehandlungsgebot erfordert, daß die Spione der DDR in der BRD nunmehr amnestiert werden.

Wir befürworten nachdrücklich eine Toleranzregelung mit Verfassungsrang nach dem Vorbild des Saarvertrages von 1956, wie sie die PDS/Linke Liste mit einem Artikel 116 b für das Grundgesetz in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat eingebracht hat: „Niemand darf wegen Handlungen, die aus seiner politischen Haltung zur DDR vor dem 3. 10. 1990 resultieren, strafrechtlich verfolgt werden.“

(Verabschiedet am 13. 11. 1993)

„Siegerjustiz über die DDR“

Aus der Rede Jens-Uwe Heuers

Wir dokumentieren aus der Rede Jens-Uwe Heuers (Mitautor Michael Schumann) auf der PDS-Konferenz gegen politische Strafverfolgung am 13. 11. 93 in Berlin.

Auf der 2. Tagung des 3. Parteitag der PDS wurde eine Erklärung zur politischen Strafverfolgung in Ostdeutschland angenommen. In dieser Erklärung fordert der Parteitag eine Wende der Rechtspolitik, die das Konzept eines Rechtskrieges, das rechtsstaatliche Prinzipien durch Rache und Einschüchterungen ersetzt, verwirft. Notwendig sei eine Politik, die im Interesse der Gestaltung der deutschen Einheit auf Versöhnung setzt und keine rechtliche oder andere Diskriminierung der Ostdeutschen zuläßt.

... Von diesen Verfolgungen sind weniger betroffen als von der Arbeitslosigkeit, als vom Eigentumsstreit. Es gibt sicherlich nicht wenige, die meinen, daß dieser Komplex nie soviel anginge, daß wir hierüber im Grunde nicht reden müssen. Mir scheint aber, auch darüber sollten wir reden, daß alle diese Fragen der Rechte der Ostdeutschen miteinander zusammenhängen, die politische Diskriminierung, die in der These vom Unrechtsstaat gipfelt, liefert doch die Begründung für sehr viel anderes. Wer in einem Unrechtsstaat arbeitete, darf sich über nachfolgende Arbeitslosigkeit eben nicht beschweren, darf sich nicht wehren, wenn er durch das Rentenrecht bestraft wird, wenn ihm der Boden seines Eigentums Hauses oder seiner Datsche weggenommen wird.

1. Grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis Politik - Justiz

... Die heutige Justiz unterscheidet sich in vielem von der Justiz der Weimarer Republik. Es gibt kein vergangenes System, nach dem sie sich zurücksehnt. Aber auch sie ist den herrschenden Verhältnissen verbunden. Am krassen kam das in der politischen Justiz gegenüber den Kommunisten in der Zeit von 1949 bis 1968 zum Ausdruck.

Die politische Justiz bildet gestern wie heute ein eigenes politisches Kampffeld mit eigenen Regeln. Ihr Dilemma besteht darin, daß politische Ziele mit juristischen Mitteln durchgesetzt werden sollen, die das politische Ziel verbergen. Sie muß und soll politisch sein und sie muß und soll Justiz sein. Das ist und bleibt ihr Dilemma, auch gerade im Rechtsstaat. Ihre Vorzüge gegenüber der nackten politischen Entscheidung, ebenso gegenüber Schauprozessen der Stalinschen Periode wie auch teilweise in der DDR, sind unbestreitbar, haben aber den politischen Charakter nicht auf.

Das heutige Dilemma

Am klarsten ist die politische Zielsetzung in der Auseinandersetzung mit der DDR von Klaus Kinkel, dem ehemali-

gen Justizminister, auf dem Deutschen Richtertag im September 1991 formuliert worden. Er erklärte, es müsse der Justiz „gelingen, das SED-Regime zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen so schrecklich war wie das faschistische Deutschland, das man bekämpft hat und — zu Recht — nie wieder entstehen lassen sollte“ ... Das eigentliche zentrale Ziel war, die DDR als Staat zu verurteilen, in den Köpfen der Menschen zu delegitimieren. Man wollte den Nürnberger Prozeß wiederholen. So wie einst der Sieger im zweiten Weltkrieg in Nürnberg die Größen des dritten Reiches vor Gericht gestellt und verurteilt hatten, so sollte jetzt der DDR in Gestalt ihrer Führung der Prozeß gemacht werden.

... Die DDR sollte und mußte ein Unrechtsstaat gewesen sein. Die These vom Unrechtsstaat wurde gleichsam zum zentralen Punkt der politischen und juristischen Argumentation.

... Auch nach unserer Auffassung war die DDR trotz aller unbestreitbaren Fortschritte bis zum Schluß kein Rechtsstaat. Ihre Charakterisierung als Unrechtsstaat hingegen dient ausschließlich politischen Zwecken, nicht zuletzt der Gleichsetzung mit dem Nazi-Faschismus ... Der Unrechtsstaat als Kampfbegriff soll aber ganz harte juristische Konsequenzen haben ... soll ein für allemal deutlich gemacht werden, daß der sozialistische Versuch in der DDR nicht nur ökonomisch, sondern auch juristisch und moralisch gescheitert sei. Es soll die juristische Verfolgung oder jedenfalls die moralische Demütigung all derer ermöglicht werden, die diesen sozialistischen Versuch unternommen haben. Damit sollen mögliche Sprecher des ostdeutschen Widerstandes ausgeschaltet und zugleich möglichst viele Ostdeutsche zu „Mitläufern“ eines Unrechtssystems gemacht werden, denn wer sich schämt, kann nicht kämpfen.

Worin besteht nun das juristische Dilemma?

Die These vom Unrechtsstaat, vom verbrecherischen Staat, von der herrschenden und endlich vertriebenen Verbrecherbande, macht nur juristisch dann Sinn, wenn sie die Konsequenz beinhaltet, das Recht dieses Staates nicht anzuerkennen. Genau das aber verbietet das Grundgesetz ... auch der 2. Staatsvertrag. Die Abrechnung mit einem Unrechtsstaat kann nicht anhand von dessen eigenem Recht erfolgen, gerade weil dieser Staat nicht den Willen zum Recht hatte, sich von der BRD abkoppelte, als ganzes System vom Rechtsstaat abgewichen ist. Die Justiz sollte jetzt also die

These vom Unrechtsstaat beweisen, indem sie die DDR an ihrem eigenen Recht mißt.

Ein Nürnberger Prozeß mit dem Maßstab des DDR-Rechts erwies sich allerdings bald als unmöglich.

... Deshalb muß immer wieder der Versuch gemacht werden, doch einen außerhalb der DDR liegenden Maßstab einzuführen.

In den hier genannten Fällen wird jeweils versucht, doch noch zu einer grundsätzlichen Verurteilung des Systems zu kommen. Immer wieder wird aber deutlich, daß der Unrechtscharakter, der im Prozeß bewiesen werden soll, zugleich seine Voraussetzung ist ... Die große Delegitimation der DDR ist gescheitert ... weil die Voraussetzungen für diese Delegitimation nicht vorlagen ... Die massenhafte Verfolgung geht aber weiter. Allein für Sachsen ist von 30000 Ermittlungsverfahren die Rede.

3. Der Positivismus — Lösung des Dilemmas?

... Hinter der Frage, ob es DDR-Bürgern zusteht, sich auf das in ihrem Staat geltende Recht zu berufen, steckt noch ein tiefer liegendes Problem. Es geht um die Legitimität dieses Rechts, die Legitimität des Staates, der dieses Recht gesetzt hat ...

Es geht tatsächlich um die Legitimität der DDR. Ihr eigentliches Unrecht war ihre Gründung, das eigentlich Kritikwürdige an der DDR ist die Beseitigung des Privateigentums ...

Es gibt nur zwei Wege in dieser Situation. Fortführung der politischen Verfolgung in Ostdeutschland ohne Legitimation, aber auf Grund der inzwischen geänderten Gesetze. Der andere Weg ist die Versöhnung. Versöhnung nicht im Sinne von Vergebung, sondern im Sinne der Anerkennung des Bestehens zweier Gesellschaften in diesem Deutschland ... Die Fortsetzung des bisherigen Kurses ... wird die Widersprüche in Deutschland weiter vertiefen. Schon jetzt überlegt man, welche Prozesse man weiter führen kann gegen die Mitglieder des Verteidigungsrates, gegen die Abgeordneten der Volkskammer, gegen die Unteroffiziere und Offiziere, die die Vergatterung durchgeführt haben, gegen Richter, gegen Staatsanwälte ...

Eine politische Wende ist notwendig und es ist unsere Pflicht, sie herbeizuführen. Wir sollten uns ... der Forderung anschließen, in das Grundgesetz der BRD einen Artikel aufzunehmen, der da lautet: „Keine natürliche oder juristische Person darf ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Aufenthaltes wegen ihrer politischen Haltung, die sie bis zum 3. Oktober 1990 zur DDR bekundet hat, durch irgendwelche allgemeinen oder besonderen Maßnahmen der öffentlichen Gewalt in ihren Rechten beeinträchtigt werden.“



Die Studierenden an den drei Berliner Zahnkliniken befinden sich seit rund zwei Wochen im Streik. Der Berliner Senat plant, die zwei Zahnkliniken der Freien Universität mit derjenigen der Charité zusammenzulegen und der Humboldt-Universität anzugliedern. Entscheidend dabei ist jedoch, daß damit der Standort der Charité-Zahnklinik in Berlin-Mitte aufgegeben und die Studienanfängerzahlen um ein Drittel reduziert werden sollen. Anders ausgedrückt: Es sind mal wieder die Ost-Beschäftigten, die gehen sollen, für sie gilt ja auch die erleichterte Kündigungsmöglichkeit (s. o.). Mit der Schließung der Zahnklinik in Berlin-Mitte würde auch eine Verschlechterung in der zahnmedizinischen Versorgung Ostberlins und der anliegenden Teile Brandenburgs eintreten. Aufgrund der unterschiedlichen Sozialversicherungskreise darf nämlich nur unter Zuzahlung in einer Westberliner Zahnklinik behandelt werden. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute, die Personal- und Betriebsräte der ÖTV-Bereiche Gesundheitswesen, Soziales und Kirchen sowie Beschäftigte der Zahnklinik Mitte unterstützen den studentischen Streik. — (har)

Im Sommer dieses Jahres bildete das Abgeordnetenhaus einen Untersuchungsausschuss wegen möglicher Verleumdungen Berliner Behörden. Seitdem ist im Zentrum der Diskussion, ob irgendwelche Tatverdächtige ausreichend überwacht und abgehört wurden. Im Kern wird verhandelt, wie umfassend die ausländische Bevölkerung beobachtet und unterdrückt werden darf. Denn potentielle Attentäter könnten überall lauern. Es wird so getan, als ob Effektivität und Reichweite von Geheimdiensten verbessert werden müssten, um solche Taten verhindern zu können. Die SPD, der Gastgeber, beteiligt sich, obwohl eher zu fragen wäre, ob sie für ausreichende Schutzmaßnahmen gesorgt hatte, sich z. B. für offenen Polizeischutz eingesetzt hatte.

Mit der Prozessvorbereitung und dem Beginn des Prozesses am 27. 10. wurde deutlich, daß weiterhin Geheimdienstaktivitäten eine Aufklärung der Vorgänge behindern und Menschen Opfer irgendwelcher „Deals“ werden:

— Trotz gegenteiliger Angaben der PDKI erzeugten die ermittelnden Bundesbehörden anfangs den Eindruck, daß „rivalisierende Kurdengruppen“ verantwortlich seien. Wie in anderen Fällen wurde leichtfertig die PKK verdächtigt.

— Die falschen Fährten wurden nie offiziell demontiert, obwohl schon früh Verbindungen zur iranischen Botschaft feststanden. Erste Fakten sickerten erst Ende 1992 über die Presse durch. Ein in Berlin lebender iranischer Staatsangehöriger (als Drahtzieher) und vier Libanesen wurden als Attentäter verhaftet.

— In der Anklageschrift spricht die Bundesanwaltschaft nun Klartext. Ausdrücklich wird der iranische Geheimdienst als Auftraggeber der Morde bezeichnet. Dafür sprechen Indizien und Aussagen von Verdächtigten.

— Verwiesen wird darauf, daß sich die iranische Regierung zur (weltweiten)

Verfolgung von Oppositionellen bekennt. So hatte auch der für den Geheimdienst zuständige iranische Minister Fallahian einen Monat vor dem Anschlag im Fernsehen erklärt: „Uns ist es gelungen, vielen dieser oppositionellen Kleingruppen außerhalb des Landes oder an den Grenzen Schläge zu versetzen. Den Haupt- und Nebenorganisationen der

„Mykonos-Morde“

Bessere Geheimdienst-Aktionen nötig?

Zur Erinnerung: Am 17. 9. 1992 wurden der Generalsekretär der Demokratischen Kurdischen Partei im Iran (PDKI) und weitere drei kurdische Politiker im Lokal „Mykonos“ in Berlin ermordet. Sie hatten an einer Konferenz der Sozialistischen Internationale teilgenommen. Die Attentäter gingen wohlorganisiert vor.

PDKI wurden schwere Schläge versetzt.

— Zwei Wochen vor Prozeßeröffnung empfängt der Kanzleramtsminister Schmidbauer den genannten iranischen Geheimdienst-Minister zu einem dreitägigen Staatsbesuch. Das wohl ursprünglich als geheim geplante Treffen wird bekannt, weil die USA und Großbritannien offiziell dagegen protestieren.

— Wie im Prozeß bekannt wird, interveniert die Bundesanwaltschaft beim

Kanzleramt. Eine Festnahme des Ministers erfolgt nur deswegen nicht, weil er als Staatsgast „Immunität“ genießt.

— Während britische Quellen und dpa von einem „Deal“ sprechen, bei dem es um festgenommene Deutsche im Iran und den Berliner Prozeß gehen soll, dementiert Schmidbauer und redet von „humanitären“ Gesprächen. Fallahian verhandelt außerdem mit den Präsidenten des BND, Porzner, und des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Werthebach.

— Schmidbauer äußert sich danach zur Verstrickung des iranischen Geheimdiensts bei den „Mykonos“-Morden: „Wer die Details kennt, der kommt zu ganz anderen Ergebnissen.“ Nachdem das Berliner Kammergericht offiziell nach den ihm unbekannten Details fragt, macht Schmidbauer wieder einen Rückzieher. Er wird nun zum Prozeß geladen.

— Die Parlamentarische Kontrollkommission, die in Geheimsitzungen weitergehende Informationen einholen darf, gibt dem Kanzleramtsminister ohne weitere Erklärung ihren Segen. Der SPD-Abgeordnete Duve bezeichnet die Erklärung des Kommissionsvorsitzenden Penner (SPD) als „unangemessen und ungewöhnlich“.

— Ein als „Kronzeuge“ bezeichneter Angeklagter widerruft seine Aussagen, nach denen die iranische Regierung verwickelt ist.

Fest scheint zu stehen, daß hier unterschiedlichste Geheimdienste ihre Machenschaften absichern und der Prozeß dies nicht durchdringen wird. Dabei beunruhigend, daß nun direkt das Kanzleramt undurchsichtige Aktionen einleitet und dadurch schon Gerichte den ordentlichen Ablauf des Verfahrens gefährdet sehen.

Quellen: Der Tagesspiegel und Berliner Zeitung, Okt./Nov. 1993 — (ard)

WIDERSPRUCH

Unterschiedliche Wahrnehmungen?

In der letzten Ausgabe der Politischen Berichte wurde von KJD ein Bericht über den Parteitag der Berliner PDS am 30./31. Oktober gegeben, dem ich in einigen Punkten widersprechen muß.

1. Es trifft nicht zu, daß der Demokratische Delegiertenrat (DDR) der Westberliner PDS-Gruppen den Versuch unternommen hat, „die Wahlstrategie des Bundesparteitages nach offenen Listen für die Wahlen zu umgehen“ (KJD). Auch nach nochmaligem Sichten der umfangreichen Parteitageunterlagen: es lag kein solcher Antrag des DDR vor! Auch mündlich wurde kein solcher gestellt. Von einzelnen Westberliner PDS-Genossen wurde jedoch die Befürchtung geäußert, daß Mitglieder bestimmter linker Organisationen wenige Chancen hätten, auf die Bundestagsliste zu kommen.

2. Die Basisorganisation Schöneberg hat einen Antrag zum „Verfahren zur Erstellung der ‚Offenen Liste‘ PDS“ (I) eingebracht. Um diesen Antrag wurde im Vorfeld des Parteitages viel Aufhebens gemacht. Auch der von KJD behauptete Vorwurf des Umgehens des Bundesparteitagesbeschlusses geisterte umher. Aus diesem Grund wurde sowohl im Antrag als auch auf dem Landesparteitag explizit dazu Stellung genommen: „Der Landesparteitag spricht sich dafür aus, den Beschluß des Bundesparteitages unverzüglich umzusetzen. Eine Wahlkampfplanung ist durch den Landesvorstand auszuarbeiten. Folgende Grundsätze sollen diese Wahlkampfplanung bestimmen ...“ In der Begründung heißt es: „Elementar sind bei der Erstellung der ‚Offenen Liste‘ die politischen Erörterungen an der Basis und zwar auch über die Partei hinaus. Basisbezogene Nominierungen stärken das Vertrauen in die Lebendigkeit der Demokratie in unserer Partei. Das ist wichtig über den Wahltag hinaus. Die Beziehungen zwischen Mandatsträgern der ‚PDS/Offenen Liste‘ und der Basis in den Wahlkreisen sollen auch nach den Wahlen nicht abreißen, sondern gepflegt werden ...“ (I)

Und: „... Unser Antrag ist — entgegen anderen Behauptungen — kein versteckter Versuch, hintenherum ein Parteienbündnis zu machen. Wir stehen zu

dem Beschluß des Bundesparteitages, der die Bildung offener Listen beinhaltet. Unser Antrag dokumentiert den Wunsch, dies auch unverzüglich und vor allem so demokratisch wie möglich durchzuführen ... Und ich betone nochmals, wir wollen offene Listen, an deren Aufstellung die Basis intensiv mitwirken kann.“ (2) Im übrigen hätte ich keinen Antrag unterstützt, der Parteienbündnisse fördert.

3. Der Aussage von KJD, „Richtungskämpfe blieben so auch bei der Beschlußfassung eines Strategiepapiers ‚Für ein Berlin der Menschen — nicht der Macht‘ weitgehend aus, muß man zumindest hinzufügen, daß die Art des Umgangs mit den Änderungsanträgen zu einer Verärgerung von etlichen Delegierten aus beiden Teilen der Stadt geführt hat. Auch mir sind die eigentlichen Unterschiede nicht deutlich geworden. Daß aber tiefer gehende Meinungsverschiedenheiten existieren, zeigt die Reaktion: Im Lauf der darauffolgenden 14 Tage sind nicht wenige Westberliner Genossen ausgetreten, eine Westberliner Basisorganisation hat sich fast völlig aufgelöst. Daß man einem „Kritiker“ öffentlich rät, sich eine andere Organisation zu suchen, gibt zu denken.“ (3)

4. Hinter der Auseinandersetzung verbirgt sich — aus meiner Sicht — die Enttäuschung über den schleppenden Aufbau der Westverbände, was angesichts der erforderlichen Anstrengungen in den kommenden Wahlen besonders schwer wiegt. Dies wurde jedoch nicht offen diskutiert; stattdessen wurde mit gegenseitigen Vorhaltungen die Stimmung aufgeheizt.

„Die PDS versteht sich selbst als einen Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte“, heißt es im Programm. Sie ist es auch, aber sie kann den Vorteil daraus noch nicht richtig nutzen.

Anmerkungen: (1) Antrag Nr. 6, nachzulesen im Arbeitsmaterial II; (2) eigenes Redemanuskript; (3) Berliner Linke, November 1993 — (har)

PDS-LANDESPARTEITAG SACHSEN

Heiße Diskussionen in eisiger Kälte

Die Delegierten des 3. Landesparteitages der sächsischen PDS trafen sich bei Schnee und Eis zu ihrer ersten Tagung am 27. und 28. November 1993 in Löbau (Oberlausitz).

Bereits seit Tagen kündeten Plakate den Parteitag an (Öffentlichkeitsarbeit, die vor Jahren noch unmöglich schien), ebenso den alternativen Weihnachtsmarkt, der von den Löbauern vorbereitet und von den sächsischen GenossInnen und SympathisantInnen veranstaltet wurde.

„Die öffentliche Aufmerksamkeit für den Parteitag ist groß“, so Gerold Polentz, Vorsitzender des neuen, aus den Kreisverbänden Löbau und Zittau hervorgegangenen Verbandes, der den Parteitag als Gastgeber eröffnete. Seiner Meinung nach Aufmerksamkeit nicht nur bei den Mitgliedern und SympathisantInnen, sondern auch bei denen, die die PDS mit Mißtrauen betrachten oder sie ablehnen. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die beiden Tage den Erwartungen der Basis entsprechen würden, andere Menschen in Sachsen zum Nachdenken über die PDS anzuregen und denjenigen, die sie mit Ausgrenzungsversuchen, mit Häm, mit unübersehbarem Haß und dem Wunsch nach politischem Versagen begegnen, eine herbe Enttäuschung zu bereiten.

Am ersten Tag drehte sich alles um die Wahlen: So wurde der Entwurf eines Programms zu den Wahlen verabschiedet, der in den Wochen bis zur nächsten Tagung durch die Basis weiter diskutiert werden soll. Die 2. Tagung wird das endgültige Programm im Frühjahr beschließen. Das Programm stellt das Leben in Menschenwürde in den Mittelpunkt. In verschiedenen Politikfeldern wird versucht, die Prinzipien von Ökologisierung, Feminisierung und Demokratisierung umzusetzen. Derartige Felder sind u. a. Selbstbestimmtes Leben, Wohnen, Bildung und Kultur. Es soll kein „Warenhauskatalog“ sein, es wird versucht, Zusammenhänge aufzuzeigen, Ursachen zu analysieren und Alternativen anzubieten. Ganz bewußt entschied man sich auch für ein Programm

und nicht für ein Wahlprogramm. Auf offenen Listen können auch bei der sächsischen PDS Parteiloze, SympathisantInnen kandidieren, damit „möglichst viele oppositionelle Kräfte in die Parlamente kommen“, so Peter Porsch, ohne diese vereinnahmen zu wollen. Die Wahl der KandidatInnen für die Landtagswahlen erfolgt erst im nächsten Jahr, der Wahlkampf allerdings beginnt jetzt bereits. Deshalb entschieden sich die Delegierten nach langer und heißer Diskussion mit sechs BewerberInnen für die Landtagsabgeordnete Brigitte Zschoche (Lampertswalde) und den Leipziger Peter Porsch (Landesvorsitzender und Landtagsabgeordneter der Linken Liste/PDS) als SpitzenkandidatInnen für den anstehenden Wahlkampf im Land Sachsen.

Der nächste Bundesparteitag im März 1994 wird die Liste der KandidatInnen für das Europaparlament beschließen. Die Delegierten votierten dafür, Sonja Brentjes (Leipzig) und Bernd Rump (Dresden) für vordere Listenplätze vorzuschlagen.

Die besondere Bedeutung der sächsischen PDS als größter Landesverband für das Abschneiden der PDS bei den Bundestags- und Europawahlen betonte Bundesvorsitzender Lothar Bisky. Gegen die vielen internen Streitigkeiten in der PDS Sachsens wandte sich Gregor Gysi. Beide waren Gäste des Parteitages.

Der Parteitag entschied, das SprecherInnenprinzip für weitere Mitglieder des Landesvorstandes beizubehalten, aber qualitativ auszubauen. Die Politikbereiche, die durch SprecherInnen abgedeckt werden, sollen nicht die Struktur der parlamentarischen Arbeit widerspiegeln; gleichzeitig wird versucht, mit bestimmten Bereichen die Arbeit außerhalb von Wahlkämpfen fortzusetzen.

— (Kerstin Köditz, Leipzig)



Die OPDE konstituierte sich am 13. 11. 93 in Berlin und wandte sich mit einem Aufruf „an Alle, Frauen, Männer und die junge Generation, die Verantwortung tragen wollen, die dabei waren, die gesellschaftliche Wende in Ostdeutschland mitzugestalten“. Im Aufruf wird erklärt, daß die OPDE eine Sammlungsbewegung aller Ost- und Westdeutschen sein soll, weil die „bestehende Parteien nicht die ostdeutschen Interessen vertreten“. Der Ostdeutsche wird aufgerufen, Selbstvertrauen zu beweisen, und die Bundes- und Länderregierungen sollen gezwungen werden, „die notwendigen Rahmenbedingungen für einen ernst gemeinten Aufschwung Ost zu schaffen“. Zusammengeführt werden sollen Menschen, die mit den gegenwärtigen Parteien unzufrieden sind. Die Unzufriedenheit in Ostdeutschland hat aber andere Gründe als die beklagte Verdrossenheit der Bundesbürger gegenüber ihren Altparteien.

In ihrem Aufruf fordern sie gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Land gehört in Bauernhand, umfassende Förderung des Handwerks, Gewerbes und Mittelstandes, Annullierung des Altschuldengesetzes, Schluß mit der Ausgrenzung der ostdeutschen Intelligenz, den sofortigen Umzug der Bundesregierung nach Berlin. Herausgehoben wird die Forderung nach Mitbestimmung, ohne „Opposition sein zu wollen“ und als wichtigste Forderung: „Weg mit der 5 %-Klausel!“

Im Aufruf ist nichts zu lesen über die Ursachen der in Ostdeutschland entstandenen Situation, die Folge der Kolonisierung des Ostens durch das westdeutsche Kapital und die zerstörerische Politik der CDU/CSU-FDP-Regierung ist. Auch eigene Vorstellungen zur weiteren Gestaltung der deutschen Einheit oder der Gesellschaft, in die Ostdeutschland

hineinwachsen soll, sind nicht zu finden. Unzufriedenheit allein ist kein dauerhaftes Bindemittel! Keine Opposition sein zu wollen, heißt doch schließlich auch, sich anzupassen an Bestehendes und mit der gegenwärtigen Verschärfung der Situation in der BRD sich nicht grundsätzlich auseinandersetzen zu wollen.

Die Rechtsanwältin Ruth Martin, die auf der ersten Pressekonferenz in Berlin als OPDE-Vorsitzende vorgestellt wurde,

OPDE gegründet

Das Wahljahr '94 nähert sich mit Riesenschritten und es wird Mode, neue Parteien zu gründen. Diese Krankheit grassiert auch in Ostdeutschland. In Berlin, Leipzig und anderswo finden sich altparteienverdrossene Bürger zusammen, um „ihre“ Wahlpartei zu gründen. Ist das auch so mit der „Ostdeutschen Partei der Deutschen Einheit“ (OPDE)?

de, erklärte, daß es den Gründern (17 Personen aus drei neuen Bundesländern) vor allem um die Einhaltung des Einigungsvertrages und um eine „wirksame politische Vertretung für die Interessen der ehemaligen DDR-Bürger“ gehe. Das erinnert sehr an die Komitees für Gerechtigkeit, die auf kommunaler Ebene lokal Bedeutung gewonnen haben, aber deren ursprüngliche Absicht, eine allgemeine Interessenvertretung der

Ostdeutschen zu sein, keinesfalls realisiert werden konnte. Übersehen wird mit dieser Forderung, daß der Einigungsvertrag nicht nur nicht überholt, sondern, wenn schon als Forderung, stark verbesserungsbedürftig ist.

Als Sammlungsbewegung sei die Partei „nicht festgelegt auf irgendeine Weltanschauung“, was schon eher eine bestimmte Richtung zu offenbaren scheint und offensichtlich Distanz zur PDS bedeutet. In einem Anfang Oktober verbreiteten Brief hatte Ruth Martin geschrieben: „Die ostdeutsche Wählerpartei ist notwendig, weil die Ostdeutschen bisher keine wirkliche politische Interessenvertretung hatten“, womit die PDS in den gleichen Topf wie alle anderen Parteien in Deutschland gesteckt wird, was den grundsätzlichen Unterschied dieser Partei zu den Altparteien verwischt, nämlich wirklich Oppositionspartei zu sein. Was allerdings nicht heißt, daß alle und jeder nun die PDS wählen müßten! Aber zur PDS auf Distanz zu gehen heißt, unter Umständen das ostdeutsche Wählerpotential zu spalten und eine wirkliche Interessenvertretung im Rahmen der offenen Liste der PDS für die Bundestagswahl zu verhindern, zumindest zu erschweren.

Es sind politisch Unbekannte, die die neue Partei ins Leben riefen. Verständlich ihr Protest gegen die Verhältnisse und ihre Forderung nach Veränderung. Ostdeutsches Wählerpotential ist gegen die Politik der Bundesregierung deutlich vorhanden, aber es wird sich nicht als nur ostdeutsches durchsetzen können. Selbst in einem Anfang muß die Forderung nach grundsätzlicher Veränderung der Politik für ganz Deutschland enthalten sein. So gesehen, wird die neue Partei kaum Chancen haben, sich als Alternative durchzusetzen. — (abe)

Widerstand gegen die Kurdenverfolgung

KURDISCHE FRONT

Wir fordern die sofortige Aufhebung des Verbots!

Gemeinsame Erklärung der kurdischen Organisationen PKK, PSK, KUK, Hevgirtin-PDK, KAWA, KKP, PIK, PRNK, PRK/Rizgari, Tekoşina Sosyalist, TSK, PSK, Yekbûn.

Am Morgen des 26. November wurden 35 kurdische Vereine, Organisationen und Einrichtungen mit der Begründung, sie stünden der PKK nahe, geschlossen. Dies geschah aufgrund eines politischen Beschlusses, der dem Wunsch des türkischen Staates entspricht.

Die westlichen Mächte haben während des ersten Weltkrieges bei der Aufteilung Kurdistans auf vier Staaten mitgewirkt. Sie haben der 70jährigen Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk den Rücken gestärkt. Sie unterstützen die kolonialistischen Regime militärisch, wirtschaftlich und politisch und sie tragen Mitverantwortung an dem derzeitigen schmutzigen Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk.

Das kurdische Volk hat in der Vergangenheit für seine nationalen demokratischen Rechte gekämpft und tut es bis heute. Es will, wie jedes andere Volk, ein freies und ehrenvolles Leben führen. Aber es ist immer versucht worden, diese Forderungen mit der Gewalt der Bajonette zu ersticken. Die Regierungen der Republik Türkei haben es abgelehnt, das Problem auf dem Weg des politischen Dialogs auf friedliche Weise zu lösen und haben die Gewalt zu ihrer einzigen Methode gemacht.

Der jüngste Beweis dafür wurde im März und April dieses Jahres erbracht. Trotz der intensiven Bemühungen der kurdischen Seite um eine friedliche und demokratische Lösung der Kurden-Frage, beharrte der türkische Staat auf dem Einsatz von Gewalt und förderte ihre Intensivierung und Verbreitung.

Nach Aufhebung des Waffenstillstandes wurden Hunderte von Dörfern dem Erdboden gleichgemacht, wie zuletzt in Lice geschehen, wurden ganze Städte und Ortschaften völlig zerstört und in Trümmerfelder verwandelt. Hunderte, Tausende von Menschen verloren ihr Leben, Zehntausende wurden gezwungen, ihre Wohngebiete zu verlassen, und flohen in den Westen.

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit findet ein Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk statt. Es handelt sich um Ausrottung, um ein Vergehen gegen die Menschlichkeit. Deutschland und andere westeuropäische Staaten, die bisher im Hinblick auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu dieser Vernichtung geschwiegen haben und durch ihre militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung zu Mitschuldigen geworden sind, geben einige Aktionen in ihren Staaten als Begründung für ein Verbot an. Dadurch werden sie die Lösung des Problems erschweren. Solange die Kurden-Frage nicht gerecht gelöst wird, werden derartige Probleme überall auftauchen, wo Kurden leben.

Die Lösung des Problems kann nur eine politische sein und sie kann nur darin bestehen, daß der türkische Staat seine reaktionäre, chauvinistische und gewalttätige Politik aufgibt und die Rechte des kurdischen Volkes anerkennt. Die einzige dafür notwendige Voraussetzung ist die Eröffnung des politischen Dialogs.

Deutschland und die anderen Westmächte haben die Pflicht, eine klare Haltung in diesem Sinn einzunehmen, den Druck auf den türkischen Staat zu verstärken und so zur friedlichen Lösung des Problems beizutragen. Es ist unbedingt nötig, die direkte Unterstützung durch Waffen- und Wirtschaftshilfe zu stoppen und eine derartige Hilfe von der Einhaltung der Menschenrechte, der Einhaltung demokratischer Verhältnisse und der Lösung der Kurden-Frage abhängig zu machen. Das kurdische Volk möchte in diesem Vernichtungskrieg des türkischen Staates keine deutschen Panzer und Tanks eingesetzt sehen. Das kurdische Volk erwartet von einem mächtigen Staat wie Deutschland, das eigene Erfahrungen als geteiltes Land hat, Unterstützung und Solidarität. Die zeigt

sich nicht darin, daß Deutschland dem türkischen Staat den Rücken stärkt, und auch nicht darin, daß es ihm mit Waffen und Geld hilft.

Die unterzeichnenden Parteien, die sich im Prozeß der Gründung einer nationalen-demokratischen Front befinden, fordern von der deutschen Regierung, den Verbotsbeschuß zurückzunehmen, ihre Beteiligung an der Schaffung der Voraussetzungen einzustellen, die, vor allem in Kurdistan, Gewalt entstehen lassen, und in den internationalen Organisationen wie KSZE, Europarat, EG und NATO, deren Mitglied sie sind, initiativ zu werden, damit die Kurden-Frage auf der Basis der Gleichheit friedlich gelöst wird.

26.11.93

Hevgirtin-PDK, KAWA, KKP, KUK, PIK, PKK, PRNK, PRK/Rizgari, PSK, Tekoşina Sosyalist, TSK, Yekbûn

DIE KURDISCHEN VEREINE

„Wir werden uns ... verteidigen!“

Das Verbot sollte gegen den Völkermord, den der türkische Staat mit deutschen Waffen am kurdischen Volk begeht, ausgesprochen werden!

Im Rahmen der deutsch-türkischen Zusammenarbeit hat die Regierung durch jahrelange Kampagnen unsere Vereine zu kriminalisieren, sie zu deformieren und Vorurteile in der Öffentlichkeit zu schaffen versucht, bis sie die Schließung unserer Vereine beschlossen hat.

Das ausgesprochene Verbot ist nach direkten Anweisungen der Türkei erfolgt. Es ist politisch und hat keinerlei juristische Basis. Die konkreten Anschuldigungen gegen unsere Vereine hätten dargelegt und das Urteil den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates entsprechend gefällt werden müssen.

Unsere Vereine sind in der Lage, die Anschuldigungen bloßzustellen. Gegen keinen der Vereine wurde bis jetzt ein Gerichtsverfahren eröffnet.

Die Bundesregierung hat auf einer Konferenz der Innenminister am Donnerstag und Freitag ein Verbot beschlossen. Das ist eine antidemokratische Methode und ist vergleichbar mit Repressionsmethoden des türkischen Staates. Damit zeigt die Bundesregierung ihre eigene Unsicherheit.

Wir werden uns gegen die Vergewaltigung unseres Rechtes, uns bundesweit und auf internationaler Ebene zu organisieren, verteidigen.

Unsere Vereine genießen die Unterstützung von Tausenden von Menschen. Sie bewegen sich in dem Rahmen ihrer Satzung und Ziele und sind keine Nebenorganisationen von irgendwelchen politischen Organisationen. Alle Kurden unterstützen den Widerstandskampf des kurdischen Volkes gegen die „ethnische Säuberungspolitik“ des türkischen Staates. Wenn die deutsche Bundesregierung glaubt, damit die Sympathie im Herzen von Hunderttausenden Kurden zu verbieten, dann täuscht sie sich.

Die Lösung von Fragen kann nur in Frieden und durch Dialoge geschaffen werden. Es ist nicht möglich, mit Verboten die Fragen zu unterdrücken. Wenn Verbote und Repressionen zu einer Lösung der Frage beitragen können, hätte die Türkei die kurdische Frage bis jetzt gelöst.

Das Verbot gegen unsere Vereine ist Folge der gestärkten deutsch-türkischen Beziehungen. Zu diesem Zweck haben beide Länder gemeinsame Kommissionen gebildet. Die Verbotserklärung der deutschen Regierung wurde vom türkischen Staat bejubelt und die türkischen Fernsehsender haben für diese Nachricht die Hälfte der Sendezeit verwendet.

Die deutsche Regierung sollte erklären, ob sie mitverantwortlich für den Völkermord gegen das kurdische Volk ist? Wieviele Waffen hat Deutschland seit 1980 der Türkei geliefert? Wie hoch ist der Betrag für die Waffen gewesen? Wer hat die BTR-60-Panzer aus den alten NVA-Beständen, mit denen — film-dokumentarisch inzwischen bewiesen —

870 kurdische Dörfer zerstört wurden, geliefert? Ist die deutsche Regierung, die auch in der Vergangenheit bei dem Massaker an den Armeniern ein Waffenfreund der Türkei war, etwa auch an den Massakern an den Kurden ein Waffenfreund der Türkei?

Wir Kurden und kurdischen Vereine werden den Wohlstand und den Frieden in Deutschland nicht stören. Aber die Panzer der deutschen Regierung und die militärische Unterstützung vernichten den Menschen in Kurdistan das Recht auf Leben. Die deutsche Bundesregierung will die Stimme eines Volkes, das von seiner Vernichtung bedroht ist, zum Schweigen bringen.

Wir kurdischen Vereine und Einrichtungen, die unten aufgeführt sind und die Unterstützung von 200000 Kurden genießen, protestieren gegen diesen antidemokratischen Beschluß und glauben, daß erst eine Änderung der Haltung den deutschen Maßstäben entspricht.

26. November 1993

Unterzeichner:

Kurdistan-Komitee in der BRD e.V. * Feyka Kurdistan * Kurdistan Centrum Bonn * Kultur-Centrum Berlin * Arbeiter-Verein Bremen * Kultur- und Unterstützungs-Verein des kurdischen Volkes Frankfurt * Kurdistan Kultur-Verein Nürnberg * Arbeiter- und Kultur-Verein Koblenz * Medya Kultur-Verein Hagen * Kurdistan Kultur-Verein Mannheim * Kurdistan Centrum Bielefeld * Kurdistan-Zentrum Duisburg * Kurdisches Kultur- und Beratungszentrum Amed Celle * Kurdistan Solidaritäts-Zentrum Stuttgart * Kurdistan Kultur-Verein Hamburg * Kurdistan Kulturzentrum Hannover * Kurdischer Arbeiterbund Köln * Kultur- und Arbeiterbund aus Kurdistan Saarbrücken * Kurdischer Kultur-Verein Rendsburg * Kurdisches Frauenzentrum Leverkusen * Kurdistan Kultur-Zentrum Kassel * Komela Kurdistan München * Kurdistan Kultur-Zentrum Ingolstadt * Kultur-Informations-Zentrum Freiburg * Kurdistan Kultur-Solidaritätszentrum Dortmund

PDS/LL IM BUNDESTAG

„Nicht Organisationen, Waffenhilfe verbieten!“

Zum Verbot der PKK und von 35 sog. „Teilorganisationen“ erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS/LL im Bundestag, Ulla Jelpke:

Der Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk in Türkei-Kurdistan hält unvermindert an. Es wird gemordet, gefoltert, zerstört — und dies mit Wissen und mit tatkräftiger Unterstützung durch diese Bundesregierung: Sie liefert der türkischen Armee Waffen, die gegen die Kurden eingesetzt werden. Sie macht sich zur Mittäterin am Völkermord.

Die Bundesregierung reduziert die Auseinandersetzung in Türkei/Kurdistan auf ein Terrorismusproblem, und nimmt dies obendrein als Legitimation, ihre militärisch-polizeiliche Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung auszuweiten. Das jetzige Verbot der PKK in der Bundesrepublik gehört zu dieser militärisch-polizeilichen Zusammenarbeit.

Die Durchsuchungen bei kurdischen Menschenrechtsorganisationen und Kulturvereinen, die seit Jahren gegen Unterdrückung und Repression, gegen Folter und militärischen Terror kämpfen, zeigen, daß es der Bundesregierung im Kern darum geht, die Kriegspolitik der türkischen Regierung vor Kritik und Opposition im Ausland zu schützen.

Es wird sich aber als Illusion erweisen, wenn die Bundesregierung meint, damit ein Mittel gegen Anschläge gefunden zu haben, wie sie vor wenigen Wochen in der Bundesrepublik gegen türkische Einrichtungen verübt wurden. Das wirksamste Mittel dagegen wäre es, die deutsche Mithilfe am Krieg gegen das kurdische Volk einzustellen und die türkische Regierung international zur Respektierung der Menschenrechte in Kurdistan zu drängen.

— (Pressemitteilung der PDS/LL im Bundestag, 26. 11. 1993)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Kollektivstrafe für alle hier lebende KurdInnen“

... Die jetzt vorgebrachten Argumente, um ein Verbot der „PKK“ in Deutschland zu rechtfertigen, widerlegen sich selbst. Allein die Begründung Kanthers, er werde keine ausländischen Bandenkriege in Deutschland dulden (Bundestagsdebatte, 10. 11. 93), zeugt entweder von Unwissenheit, Dummheit oder kalter Berechnung.

Wir fordern die Bundesregierung auf, zur Kenntnis zu nehmen, daß die brutale Unterdrückung der Kurden durch die türkische Regierung zur Aufnahme eines bewaffneten Kampfes geführt hat, der nunmehr fast 10 Jahre anhält. Über 800 kurdische Dörfer wurden vom türkischen Militär zerstört, 1,7 Millionen „Inlandsflüchtlinge“ wissen nicht, wie sie den Winter überstehen sollen, tagtäglich kommt es zu Massenvertreibungen, Folter und Erschießungen.

Es herrscht ein Bürgerkrieg zwischen ARGK (PKK) und türkischem Militär, der immer weiter eskaliert. Jedes Angebot der PKK, die Rechte des kurdischen Volkes im Rahmen von Verhandlungen und Waffenstillstand durchzusetzen, wurde vom nationalen Sicherheitsrat der Türkei und dem Militär auf brutalste Weise beantwortet.

Die Tatsache, daß in diesem Krieg vor allem Waffen aus den NATO-Ländern eingesetzt werden, ist ebenso zu berücksichtigen wie die Tatsache, daß den in Europa lebenden KurdInnen und Kurden die kulturellen Rechte verweigert werden. Die am 4. November in Deutschland und in anderen europäischen Staaten verübte Serie von Anschlägen auf türkische Einrichtungen, die Anhänger der in der Türkei verbotenen PKK zur Last gelegt werden, ist durch nichts zu entschuldigen und zu rechtfertigen. Sie sind aber auch ein Zeichen der Kriegszuspitzung und Ausweitung ...

Die Auswirkungen des Verbots auf 500000 KurdInnen in Deutschland:

- In der Bundesrepublik wurden zahlreiche kurdische Arbeiter- und Kulturvereine gegründet. Sie versuchen — bisher vergeblich — die gleiche soziale, politische und finanzielle Unterstützung, die andere ausländische Vereine in Deutschland genießen — zu erhalten ...
- Das ausgesprochene Verbot ist eine massive Einschränkung der Meinungsfreiheit.
- Das Verbot von kurdischen Vereinen, um dem „PKK“-Verbot Glaubwürdigkeit zu geben, führt zu einer Kollektivstrafe aller hier lebenden KurdInnen. Sie werden kriminalisiert und terrorisiert. Jede politische Tätigkeit von hier lebenden Kurden wird damit als separatistische Propaganda diffamiert ...

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen der Kriegsparteien einzusetzen. Wir fordern erneut einen sofortigen Abschiebestopp für KurdInnen und verurteilen die heute ausgesprochenen Verbote und fordern die Wiederherstellung der uneingeschränkten kulturellen und politischen Rechte für kurdische Vereine in Deutschland.

— (Erklärung von Angelika Beer, Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, 26. 11. 1993)

DKP

Politik, die 1956 mit KPD-Verbot begann

Die Deutsche Kommunistische Partei protestiert gegen das Verbot der PKK und 35 weiterer kurdischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland.

DKP-Sprecher Rolf Priemer sieht in den von Bundesinnenminister Kanther/CDU angeordneten Maßnahmen eine aktuelle Fortsetzung einer Politik, die 1956 mit dem Verbot der KPD und der Beschlagnahme ihres Parteieigentums begann und bis auf den heutigen Tag Re-

pressionen und Verfolgungen von Kommunisten. Sozialisten und Linkskräfte in Deutschland nach sich zieht.

Die DKP stimmt mit manchen Aktivitäten der PKK und anderer Organisationen nicht überein. Mit dem von der Bundesregierung sanktionierten Verbot weist sich der sogenannte Verfassungsschutz zum verlängerten Arm des türkischen Geheimdienstes und der Regierung, die vor Mord und Terror gegen die Kurden nicht zurückschrecken.

Mit ihren Maßnahmen ermutigt die Bundesregierung die Regierung der Türkei, mit der Bombardierung kurdischer Dörfer fortzufahren und macht sich zum Komplizen am Völkermord der Kurden. Mit dem Verbot kurdischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland wird das ganze kurdische Volk getroffen.

Die DKP fordert:

- Sofortige Aufhebung des Verbots kurdischer Organisationen
 - Sofortige Freigabe der Zentren, Herausgabe der beschlagnahmten Materialien und der Konten
 - Sofortige Einstellung jeglicher politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hilfe an ein Regime, das eklatant die Menschenrechte verletzt.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich ihren Einfluß auf die türkische Regierung dahingehend geltend zu machen, daß eine politische Lösung des Kurdistan-Problems gefunden wird.

Presseerklärung des DKP-Parteivorstandes vom 28. 11. 1993

Die verbotenen Institutionen

Die folgenden kurdischen Institutionen sind seit dem 22. 11. verboten:

1. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)
 2. Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)
 3. Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan)
 4. Kurdische Gemeinde in Aachen e.V.
 5. Kurdisches Kulturzentrum Botan in Berlin e.V.
 6. Arbeiter- und Kulturzentrum der Kurden e.V., Bielefeld
 7. Kurdistan-Zentrum e.V., Bonn
 8. Mesopotamischer Kulturverein Bremen e.V.
 9. Kurdischer Kulturverein Bremerhaven e.V.
 10. Kurdisches Kultur- und Beratungszentrum Amed, Celle
 11. Kultur- und Solidaritätszentrum Kurdistan e.V., Dortmund
 12. Kurdistan-Zentrum e.V., Duisburg
 13. Kurdischer Arbeiter- und Kulturbund e.V., Düren
 14. Kurdistan-Zentrum e.V., Frankfurt
 15. Kultur- und Informationszentrum Kurdistan e.V., Freiburg
 16. Medisches Kultur-Zentrum e.V., Hagen
 17. Kurdisches Kulturzentrum Hamburg und Umgebung e.V.
 18. Kurdistan Kulturzentrum Hannover
 19. Kurdische Kultur- und Solidaritätsvereinigung Heilbronn e.V.
 20. Kurdistan Kultur-Centrum, Ingolstadt
 21. Kurdisches Kultur- und Beratungszentrum Kassel e.V.
 22. Kurdischer Arbeiter- und Kulturverein in Koblenz e.V.
 23. Kurdischer Arbeiterbund e.V., Köln
 24. Kurdisches Frauenzentrum e.V., Leverkusen
 25. Kulturzentrum Kurdistan e.V., Mannheim
 26. Komala Kurdistan — Kurdische Unabhängigkeit — Internationale Freundschaft e.V., München
 27. Kurdistan Kunst- und Kulturzentrum Nürnberg und Umgebung e.V.
 28. Kurdischer Kulturverein in Rendsburg und Umgebung e.V.
 29. Kultur- und Unterstützungsverein des kurdischen Volkes e.V., Saarbrücken
 30. Kurdistan Kultur Centrum, Siegen
 31. Kurdisches Solidaritäts-Zentrum e.V., Stuttgart
 32. Kurdistan Solidaritäts Zentrum e.V., Tübingen
 33. Kurdistan Komitee e.V., Köln
 34. Berxwedan Verlag, Düsseldorf
 35. Kurdistan-Haber Ajansi-News Agency (Kurd-Ha), Düsseldorf
- Quelle: Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums, Bonn, 22. November 1993

Der letzte Schuß traf Wolfgang Grams

Von Jürgen Korell, Kritische Polizisten, Redaktion „Unbequem“

Innerhalb von 25 Sekunden starben am Sonntag, den 27. Juni 1993, im Bahnhof von Bad Kleinen zwei Menschen im Kugelhagel von maximal 44 Schüssen. Wolfgang Grams war das 7. getötete mutmaßliche RAF-Mitglied und Polizeikommissar Michael Newrzella der 13. getötete Polizist in der 23-jährigen RAF-Fahndung.

Noch am Sonntagabend lag die Aussage einer Zeugin vor, die angab, gesehen zu haben, wie Wolfgang Grams durch einen Beamten illegal durch einen Kopfschuß getötet wurde. Eine Aussage, die — zunächst unterdrückt — durch das Fernsehmagazin „Monitor“ publik wurde.

Später wurden die Angaben der Kioskverkäuferin, die nur 20 m entfernt von dem Kiosk aus die Geschehnisse beobachten konnte, von einem anonymen verbeamteten Spiegel-Zeugen bestätigt. Die mittlerweile entlassene Kioskverkäuferin blieb bis heute im Kern bei ihrer Aussage. Sie ist aufgrund aller Erfahrungen im Bereich der Vernehmungen eine glaubwürdige Zeugin. Dagegen haben die Vernehmungen der beiden betroffenen GSG-9-Beamten für die Sachverhaltsaufklärung keinen Wert, weil sie nichts gesehen haben, obwohl sie den Geschehnissen am nächsten waren.

Nur schleppend wurden die Ermittlungen vorangetrieben. Nach einer überaus mangelhaften Spurensicherung am Tatort in Bad Kleinen sowie an der Leiche von Wolfgang Grams sollten wissenschaftliche Gutachter die Kartoffeln aus dem Feuer holen. Bis dahin waren wichtige Spuren an den Händen, den Armen und den Haaren von Wolfgang Grams vernichtet worden. Spuren auf dem Bahnhof wurden übersehen und wenn überhaupt zum Teil später gesichert. Da fällt es kaum noch ins Gewicht, daß sich beim Transport der Leichenteile von Wolfgang Grams auf dem Weg von Lübeck zum Wiesbadener BKA eine Versiegelung an der Verpackung gelöst hatte. Der Fehler nicht genug, wurden die Kleidungsstücke der verdächtigen GSG-9-Beamten erst zwei Wochen nach dem Ereignis sichergestellt. Genügend Zeit, um die Kleidungsstücke beispielsweise auszutauschen. Eine Spurensicherung am Körper der Beamten fand überhaupt nicht statt.

Nachdem das Untersuchungsmaterial diverse Untersuchungsstellen durchlaufen hatte, wurde es an den Wissenschaftlichen Dienst der Stadtpolizei Zürich übersandt. Der Wissenschaftliche Dienst in Zürich hat aufgrund seiner Gewissenhaftigkeit und Neutralität einen guten Ruf insbesondere auf dem Gebiet der Faserspurenwertung. Er ist allerdings auch nicht unumstritten. In der Schweiz soll es Kritiker geben, die die Fehlerhaftigkeit von Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes belegen können.

Die Auswertung von Spuren erfordert eine besondere Sorgfalt und Nachvollziehbarkeit im Bereich der Spurensicherung. Nachvollziehbar müssen in dem Zusammenhang auch die Untersuchungen der Gutachter sein. Das amerikanische Rechtssystem läßt beispielsweise kein Beweismittel zu, dessen Nachvollziehbarkeit nicht lückenlos gegeben ist. Ein verschwundenes Asservat würde zum Verwertungsverbot des Beweises führen. In Zürich war, wie beteuert wird, nach den Untersuchungen die Jacke eines verdächtigen GSG-9-Beamten verschwunden. Dabei wird blauäugig behauptet, es sei nicht so schlimm, wenn ein Asservat verschwindet. Doch Spu-

ren sind objektive Beweismittel, mit deren Umgang Rückschlüsse auf die Objektivität und Gewissenhaftigkeit der Gutachter gezogen werden müssen.

Der Rechtsanwalt der Eltern von Wolfgang Grams wies in einer Pressemitteilung darauf hin, daß die Kioskverkäuferin in ihrer Vernehmung angegeben hatte, daß der GSG-9-Beamte (Nr. 6) eine weinrote Jacke trug. In Zürich wurde jedoch eine dunkelblaue Jacke untersucht. Ausgerechnet die Jacke, die jetzt verschwand. Außerdem weist das Gutachten des Rechtsmediziners Brinkmann aus Münster darauf hin, daß die untersuchte Hose des Polizisten einen frischgewaschenen Eindruck machte.

Der Untersuchungsauftrag der Staatsanwaltschaft Schwerin erging am 30. Juni 1993 an den Wissenschaftlichen Dienst. Er umfaßte insbesondere den Auftrag, festzustellen, aus welcher Waffe der tödliche Kopfschuß bei Wolfgang Grams stammt. Am 2. Juli 1993 wurde den Züricher Gutachtern das Untersuchungsmaterial übergeben. Zu diesem Zeitpunkt war das Material schon von anderen Instituten untersucht worden, was neuerliche Untersuchungen erschwerte.

Zweifelsfrei steht fest, daß Michael Newrzella sowie sein verletzter Kollege durch die Waffe von Wolfgang Grams getroffen wurden. Die von Wolfgang Grams benutzte Czeska 75 trägt Züge und Felder im Lauf, wodurch auf den Geschossen individuelle Merkmale hinterlassen werden, die eine eindeutige Zuordnung der Geschosse zulassen. Im Gegensatz dazu haben die Waffen der GSG-9-Beamten einen Polygonlauf, der keine Züge und Felder aufweist und damit keine individuellen Spuren auf den Geschossen zurückläßt, was eine Zuordnung unmöglich macht.

Nach Feststellungen der Züricher Gutachter wurde Wolfgang Grams durch insgesamt sechs Schüsse getroffen. Die Entfernung der Schützen bei fünf Körpertreffern betrug mehr als 150 cm, womit eine Aussage der Beamten bestätigt wurde. Bei dem Kopfschuß handelt es sich um einen aufgesetzten Schuß, der aus der Czeska 75 abgefeuert wurde, wie anhand der Stanzmarke und den im Schotter aufgefundenen Geschossteilen festgestellt wurde.

Aufgrund der serologischen Situationsspurten insbesondere auf der linken Waffenseite, die als Sprayspuren bezeichnet wurden, wird eine Selbstbeibringung des Kopfschusses widerspruchsfrei angenommen. Eine ausrufe-

zeichenförmige Blutspur auf der Waffe ist durch die Selbstbeibringung nicht erklärbar und wird ignoriert. Fehlende Spuren auf der Jacke des Beamten Nr. 6 lassen die Züricher den Rückschluß ziehen, daß eine Fremdbeibringung durch diesen Beamten praktisch ausgeschlossen ist. Was die Untersuchung der Kleidungsstücke des Beamten Nr. 8, der sich ebenfalls in unmittelbarer Nähe von Wolfgang Grams befand, ergab, geht aus den Veröffentlichungen nicht hervor.

Tatsächlich vernachlässigen die Züricher Gutachter jedoch andere Möglichkeiten der Schußabgabe und gehen nur von den allgemein typischen Schußhaltungen aus. Die Schußabgabe mit der Czeska 75 durch eine Fremdperson mit dem vorhandenen Spurenbild auf der Waffe ist möglich, wenn die Waffe mit der linken Hand gegriffen wird, so daß sich die vier Finger an den Griffstücken unterhalb des Hahnes befinden und mit dem Daumen der Abzug betätigt wird. Bei dieser Art der Schußabgabe ist die linke Seite einschließlich der Griffschale frei, so daß sie durch die serologischen Spuren besprüht werden kann. Gleichzeitig ist die Hand bei der Schußabgabe nicht so stabil wie üblich, wodurch die Waffe mit leichter Verzögerung aus der Hand fällt. Die Verzögerung macht die ausrufezeichenförmige Blutspur erklärbar. Bei dieser Schußabgabe in knieender oder gebückter Haltung ist der Arm rechtwinklig von der Waffe abgewinkelt, so daß die Kleidung kaum oder überhaupt nicht durch den Blutspray kontaminiert wird.

Die Selbsttötung setzt aufgrund der bisherigen Veröffentlichungen einen Geschehensablauf voraus, der nicht nachzuvollziehen ist. Demnach soll Wolfgang Grams innerhalb von 5 bis 6 Sekunden 10 maximal 11 Schüsse abgegeben haben. Wahrscheinlich verletzte er mit den ersten drei Schüssen einen Polizisten und traf Michael Newrzella tödlich. Schießend sich rückwärts bewegend, wird er selbst fünfmal getroffen, davon durch einen Bauschuß schwer. Innerhalb dieser kurzen Zeit stürzt er rücklings auf Gleis 4, ohne die Waffe zu verlieren und schießt sich selbst in den Kopf, ohne daß dies ein Beamter in unmittelbarer Nähe noch auf dem Stellwerk sieht. Da Zeugen keinen zeitlich abgesetzten Schuß hörten, muß der tödliche Kopfschuß in dem Zeitrahmen des Schußwechsels gelegen haben, der durch den Zwischenbericht der Bundesregierung genannt wird.

Die Rekonstruktion von Geschehnissen anhand von Spuren ist möglich. Sie wird jedoch schwieriger, je weniger Spuren vorhanden sind.

Aufgrund der Beweismittelvernichtung in Bad Kleinen kann kein Tatverdächtiger durch Sachbeweise überführt werden. Es ist aber auch nicht möglich, den Beweis des Suizids zu führen. Das Züricher Gutachten ist unseriös, weil es die Möglichkeiten gewichtet, ohne dies stichhaltig belegen zu können. Dadurch wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, es komme nur ein Suizid in Frage. Tatsächlich lassen die Gutachter aber alle Möglichkeiten offen. Die Gewichtung der verschiedenen Geschehensabläufe auf den Suizid nimmt der Staatsanwaltschaft die Objektivität, den Wahrheitsgehalt der belastenden Zeugenangabe zu bewerten. Der Gutachterhörigkeit aufgrund des laienhaften Verständnisses einerseits und der Fachkompetenz andererseits kann nur die Einstellung der Verfahren nach sich ziehen. Letztendlich bleiben gerade nach dem Züricher Gutachten viele Fragen offen, was zu einem irreparablen Schaden des demokratischen Rechtsstaates führte.

EINLADUNG

Vom 5. bis 9. Januar 1994:
Linke Winterschule 1993/94 in Schnepfenthal

Zum vierten Mal finden Anfang Januar Kurse der Linken Sommer- bzw. Winterschule in Schnepfenthal statt. Die Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung bei der PDS Thüringen, die die Linke Schule zusammen mit anderen Interessierten organisiert, lädt ein, an einem der drei Kurse aus dem Bereich der Philosophie, Wirtschafts- und Sozialpolitik und Geschichte teilzunehmen.

Anreise ist am 5. Januar, Abreise am 9. Januar.

Kosten: Übernachtung mit Frühstück 30.—, Übernachtung mit Vollpension 49.—
Ort: 99880 Schnepfenthal, Thüringen, Hotel Hermannstein, Tel. 03622/2927.

Anmeldung für Teilnehmer aus dem Westen: GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg, Tel. (040)2204278m Fax: (040)2297419.

Kurse der Winterschule

I. Philosophie:

Warum schon wieder Kant?

Zum Ausklang der Sommerschule war auch über einige konzeptionelle Probleme gesprochen worden.

— Daß die Schule nicht leicht zugänglich ist, weil die Kosten dann doch hoch sind und weil der Platz beschränkt ist.
— Daß eine Senkung der Kosten schwierig ist, weil es ohne Verbindung mit Erholung und ohne studienfreie, verfügbare Zeit, die zwanglos verbracht werden kann, ein wesentliches Element der Einrichtung verloren ginge.
— Daß es nicht einfach ist, die Ergebnisse zu verbreiten und die Schulbewegung zu verbreitern.

Der Kurs Philosophie, der nun schon zum vierten Mal tagt, soll Menschen, die in der praktischen Politik stehen, philosophisches Denken bekannt machen, und zwar durch erörterndes Lesen von Originaltexten.

Es hat sich gezeigt, daß auf diese Weise auch schwierige Texte zu schwierigen Fragen bearbeitet werden können. Es wurden aber auch Grenzen erkennbar. Die in solchen Schulungsgruppen immer irgendwie verstreut vorhandenen Vorkenntnisse reichen manchmal einfach nicht aus oder sind ganz einseitig. Das ist besonders ein Hindernis für die Durchführung solcher Studien in örtlichen Kursen. Wir wollen „eine Schule ohne Lehrer“, weil es auf uns die freie, ungezwungene Erörterung gleichberechtigter Menschen ankommt, irgendwelche Fertigkeiten antrainieren lassen könnte man sich anderswo besser.

Wahrscheinlich können für unsere Zwecke zwei Methoden weiterhelfen.

Die eine bestünde in der Berichterstattung über Probleme, die in der Texterörterung aufgetaucht sind oder dabei zur Sprache kamen. Es wäre bei den Kursen am Ende eines Tages eine Vereinbarung zu treffen, wer eine Berichterstattung liefern will.

Die andere bestünde darin, eine Reihe von Texten auszumachen, die, nebeneinander gestellt, doch einen Eindruck von der Entwicklung des philosophischen Denkens geben. Es wäre dann auch über eine Reihenfolge der Erarbeitung zu sprechen; dabei liegt der Gedanke zugrunde, daß einer Gruppe politisch tätiger Menschen mit den landesüblichen Bildungsvoraussetzungen der Zugang zum philosophischen Denken dann offenstehen wird, wenn die passenden Einstiegstexte gefunden werden.

Unsere Auseinandersetzung mit der gleichen Textauswahl wie vor einem Jahr soll diesmal auch zu einer begründeten Textempfehlung für regional durchführbare Kurse führen.

Texte:

- I. Kant, Der Streit der Fakultäten, 2. Abschnitt. Der Streit der philosophischen Fakultät mit der juristischen.
- I. Kant, Metaphysik der Sitten, Rechtslehre. §§ 43, 44, 45, 46, 47.
- I. Kant. Kritik der Urteilskraft, Kritik der teleologischen Urteilskraft, Freiheit, § 91.
- I. Kant, Zum ewigen Frieden.

Die zu lesenden Texte werden als Kopienmappe zur Verfügung gestellt (Unkostenbeitrag). Wer andere Textvorschläge einbringen will, soll es uns mitteilen, damit sie kopiert werden können.

Berichterstattung: maf, scc

II. Programm des Wirtschaftskurses

1. Was sagt uns Marx noch heute auf dem Gebiet der Wirtschaft? Wissenschaftlicher Vortrag aus der PDS.

2. Jahresgutachten des Sachverständigenrats vom Herbst als Dokument der offiziellen Wirtschaftspolitik. Grüne Wirtschaftstheorie, alternativer Gesetzesentwurf gegen Wachstum. Novelle des Stabilitätsgesetzes von SPD und PDS angestrebt, Theorie der Vollbeschäftigung.

3. EG-Ökonomie. Wirtschaftstheorien für Großwirtschaftsräume, Währungsfragen, Preis- und Geldtheorien. EG-Wirtschaft und Regionalwirtschaft, Strukturpolitik, Förderprogramme, Regionen und Gewerkschaften. EG-Wahlprogramme der Parteien zur Wirtschaftspolitik, speziell Zielstellung der Linken bzw. der PDS im Europawahlkampf.

4. Entlassungen, Standortsicherung und regionalwirtschaftliche Probleme. Hier unter anderem: Dienstleistungsgesellschaft/-Metropole, Beispiel Berlin.

III. Geschichte: Unter falscher Flagge? Zur Geschichte des Europagedankens.

Drei Schwerpunkte:

1. Europa und/oder Abendland — Ideologien und Interessen
2. „Finnlandisierung“ — Krieg oder verpatzte Alternative? Zum sowjetischen Vorschlag für einen Friedensvertrag mit Deutschland von 1952. Gibt es eine Linie von Berija zu Gorbatschow?
3. Maastricht — Nein oder ja? Von den Schwierigkeiten und Chancen der Linken vor den Europawahlen.

(Es werden verschiedene Aufsätze zusammengestellt, die bei Kursbeginn als Mappe erhältlich sind.)

Neuerscheinung

13.o. Delegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK), 16. bis 17. Oktober 1993

Ergebnisse und Materialien

2/93

Ab sofort lieferbar. 24 Seiten DIN A-4. Preis 4,50 DM. Bestellungen an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Termine

4.-5. 12. „Kein Vergessen, Handeln!“ Kongreß d. Solinger Appell zu Rassismus und Neofaschismus, Solingen.

5. 12. Kommunalwahl in Brandenburg

17. 12. Arbeitskonferenz „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ in der Tagungsstätte „Solling“ bei Dassel, Beginn Freitag, 18. Uhr, bis Sonntag, 19. 12. Anmeldung über: Frank John, Hafenstr. 110, 20359 Hamburg, Fax 040/3 172546

18. — 19. 12. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe in Hamburg. Tagesordnung: Flexibilisierung der Arbeitszeit, Tarifpolitik, Ladenschluß, Publikationstätigkeit.

1994

21. — 23. 1. Bundesweites Treffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in Berlin. Anmeldungen über: Cuba si, Postfach 100, 10122 Berlin, Tel. 030/28409455.

29. — 30. 1. Delegiertenkonferenz der PDS AG Westl. Landesverbände, Samstag, 11 Uhr, bis Sonntag, 16 Uhr, in Köln.

5. — 6. 3. 14. o. BDK des BWK in Köln.

8. 3. Bundesweiter Frauenstreik- und Aktionstag aus Anlaß des Internationalen Frauentages

Erscheint vierteljährlich
Nr. 15

Ausgabe Sept. 1993
Preis DM 4.-

Unbequem

Schwerpunktthema »Drogen«

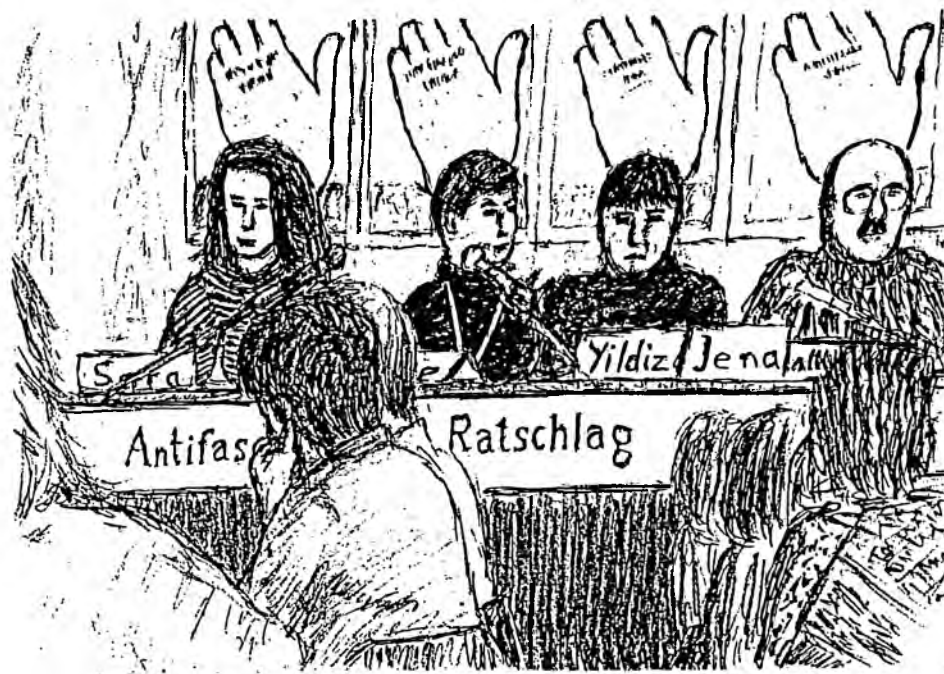
Bad Kleinen -
Das organisierte Desaster?

Rechts vor links in Hessen

- Selbstjustiz -
Die Polizei von Los Angeles

Von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten und Polizistinnen (Hamburger Signal) e.V. herausgegeben

Die Zeitschrift „Unbequem“ (unser Bild) wird herausgegeben von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten und Polizistinnen (Hamburger Signal) e.V. Sie erscheint vierteljährlich. Ein Jahresabo kostet 15 DM. Bestellungen an: Jürgen Korell, Wiesentalstr. 4, 65207 Wiesbaden, Tel. 06 11/54 30 38.



Antifaschistische Ratschlag (links), ausgebranntes türkisches Lokal in Neuburg an der Donau (rechts). (Von Hans Waschkau, 1993. Bleistift)

Das Buch erschien im Mai 1992 und liegt jetzt in der dritten Auflage vor. Im Vorwort zur zweiten Auflage schrieb der Verfasser, Siegfried Jäger: „Die Prognose, die mit dem Titel dieses Buches formuliert worden ist, hat sich in den letzten Monaten leidvoll bestätigt. Die Verstricktheit der Bevölkerung in rassistische Diskurse, die in diesem Buche aufgezeigt wird und die sich in Form von Äußerungen artikuliert, die wir als BrandSätze bezeichnen, ließ es als höchst wahrscheinlich erscheinen, daß den Worten Taten folgen würden... Auf der politischen Bühne wird weiter unbestimmt um die Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes gestritten, eines Artikels, der seit langem zum Symbol der Bedrohung ‚des deutschen Volkes‘ durch die ‚massenhafte Überflutung unseres Landes‘ durch Asylsuchende und andere Einwanderer zugerichtet worden ist. Statt konsequent auf diese Debatte zu verzichten und sich der dringend erforderlichen Aufgabe zuzuwenden, vernünftige soziale, kulturelle und politische Gegenmaßnahmen gegen das Anwachsen von Rassismus in der Bevölkerung zu entwickeln, lassen sich auch bisher als fortschrittlich geltende Kräfte in den rassistischen Diskurs der Konservativen einbinden.“

Wir möchten das Buch vorstellen, weil wir die Hoffnung des Verfassers und der vielen, die an dem Projekt gearbeitet haben, teilen, es könne „dazu beitragen, solche Ansätze (einer Bewegung von unten gegen Rassismus) zu unterstützen, weil es sichtbar macht, in welcher Form, mit welchen Argumenten, unter Zuhilfenahme welcher Bilder und Symbole Rassismus im Alltagsdenken einherkommt“.

Der Untersuchungsgegenstand

Untersucht wird Rassismus in sprachlichen Äußerungen „an der sozialen Basis“. Daß Rassismus in der BRD existiert, davon

gehen die Untersuchenden aus. Was sie herausfinden möchten, ist, in welcher Form und mit welchen Inhalten er geäußert wird. Zudem ist von Interesse, welche Strategien der Sprachverwendung die einzelnen Personen benutzen. Zu diesem Zweck wurden 22 erwachsene Personen deutscher Staatsangehörigkeit befragt, die in verschiedenen Städten des Ruhrgebietes wohnen. In den Interviews, die zu meist in ihren Wohnungen stattfanden, wurden sie nach ihren sozialen Kontakten, ihrer Nachbarschaft, ihrer Zufriedenheit mit der Umgebung, ihrer Meinung über Ausländer u.ä. gefragt. Vermieden wurde von den Interviewern, direkt nach dem Verhältnis der „Eingeborenen“ zu Angehörigen bestimmter Nationalitäten und ihrer Meinung über deren Lebensweise zu fragen. Da es auf die Untersuchung der Sprachverwendung ankam, wurden nur die Themen des Gesprächs angerissen, aber es wurde kein festgelegter Katalog von Fragen gestellt. Auch wurde nicht mit fertigen Fragebögen, in denen zwischen mehreren Antworten zu wählen ist (multiple choice), gearbeitet. Die Interviews fallen daher recht verschieden aus und sind nicht leicht zu vergleichen.

Untersucht wird der „Alltagsdiskurs“. Unter „Diskurs“ ist zu verstehen die sprachliche Übermittlung von Gedanken zu Themen, die in der öffentlichen Meinung vorhanden und in bestimmter Weise geprägt sind. Die These von Jäger und den anderen an der Untersuchung Beteiligten ist, daß dieser alltägliche Gedankenaustausch nur zu geringen Teilen aus eigenen Gedanken besteht, zum größeren Teil aber aus vorgefertigten Teilen, die der einzelne Sprechende vorfindet und deren Verwendung er sich auch kaum entziehen kann. Gespeist wird dieser Alltagsdiskurs aus bestimmten Spezialdiskursen, die die öffentliche Meinung bestimmen. Von größtem Einfluß sind dabei die Äußerungen von Politikern und die der Medien, hauptsächlich von Presse und Fernsehen.

Jäger schreibt, unter Berufung auf einen anderen Forscher aus

Bochum, Jürgen Link: „Unter Diskurs verstehe ich ‚eine institutionell verfestigte Redeweise, insofern eine solche Redeweise schon Handeln bestimmt und verfestigt und also auch schon Macht ausübt‘. Diskurse sind materiell und nicht irgendwie ‚flüchtige‘, ‚geistige‘ Phänomene bzw. bloße (wie auch immer verzerrte) Abbildungen von Realität — sie sind selbst Realität oder Applikations-Vorgaben für Realität.“ Damit soll, vereinfacht ausgedrückt, gesagt werden, daß die öffentlichen Äußerungen der Politiker und der Medien kein bloßes Gerede sind, das keine Wirkung hat. Sie sind,

gestalt“ „fernab jeder Realität“.

Die Methode der Untersuchung

Das auf Tonbändern festgehaltene sprachliche Material der Interviews wird unter mehreren Gesichtspunkten aufbereitet. Da die „Diskursanalyse“ kein quantitatives, sondern ein inhaltliches Verfahren ist, ist nicht nur die Erhebung des Materials aufwendig, sondern auch die Auswertung. Vorausgegangen ist die

es sich um Rassismus. Rassismus ist also unserer Auffassung nach mit Macht verknüpft. Nur wenn die Gruppe, die eine andere als minderwertige ‚Rasse‘ konstruiert, auch die Macht hat, diese Konstruktion durchzusetzen, kann von Rassismus gesprochen werden. Das heißt, wenn eine untergeordnete Gruppe eine übergeordnete Gruppe als Rasse konstruiert, dann ist das zwar schädlich für die Handlungsfähigkeit dieser untergeordneten Gruppe sowie für die Perspektive einer selbstbestimmten Gesellschaft, kann aber nicht als rassistisch bezeichnet werden, solange sie nicht die Macht hat, ihre Definition und die damit einhergehenden Ausgrenzungspraxen gegen die übergeordnete Gruppe durchzusetzen.“

Nach einem Überblick über den Inhalt sämtlicher Interviews werden einige Einzelanalysen vorgelegt. Darin werden Aussagen im Kontext des gesamten Interviews beurteilt. Nur so ist es möglich, Aussagen, die auf den ersten Blick oder aufs erste Hören positiv und freundlich wirken gegenüber Menschen, die in die BRD eingewandert sind, zu bewerten als Versuche, eine rassistische Einstellung zu verstecken oder abzuschwächen.

Als nächster Schritt folgt der Vergleich aller Interviews. Hilfsweise werden hier auch einige Dinge quantitativ erfaßt, beispielsweise die Häufigkeit von Bezeichnungen für Leute, die in die BRD eingewandert sind. Untersucht werden im einzelnen u.a. positive und negative Aussagen über Eingewanderte und die Unterscheidung verschiedener Gruppen. Die Analyse zeigt, daß ein besonderes Problem, nämlich die Einordnung der ehemaligen DDR-Bürger, in das Gefüge des rassistischen Diskurses so gelöst wird, daß aus den „Fremden“ im Osten, die wegen ihrer gänzlich anderen Gesellschaftsordnung jahrzehntelang als Bedrohung dargestellt worden sind, nun in der öffentlichen Beurteilung eine Art interne sozial schwache Gruppe wird. Diese stellt zwar auch ihrer Leistung unangemessene Forderungen wie die „Asylanten“, aber auf Grund des höher zu achten

den „Deutschtums“, das durch die Merkmale der Abstammung und der Sprache begründet wird, sollen sie nicht so schlecht behandelt werden wie etwa Türken oder Sinti und Roma.

Ergebnisse der Untersuchung

Ein Ergebnis der Untersuchung ist, daß Siegfried Jäger zu dem Schluß kommt, daß die Unterscheidung zwischen einem genetischen und einem kulturellen Rassismus für die BRD anscheinend nicht so klar zu treffen ist wie in Nachbarländern, für die bereits Untersuchungen vorliegen. Vielmehr muß eine starke Vermischung von beiden festgestellt werden. Er stellt die These auf, daß die Unterscheidung zumindest für den Alltagsdiskurs auch theoretisch nicht zu halten ist und sagt: „Diese Unterscheidung ist, so meine ich, schon allein deshalb schief oder auch ganz falsch, weil für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft das Soziale ohnehin naturalisiert und insofern alles Soziale und Kulturelle biologisch-natürlich gesehen wird (z.B. der Staat als organisch). Selbst wahrgenommene Veränderungen werden eher im Sinne natürlich-biologischer Entwicklungen interpretiert als als Ergebnis menschlicher Tätigkeit. Ob dies für den Mediendiskurs und für die verschiedenen Spezialdiskurse anders ist, müßte allerdings noch genauer untersucht werden.“ Zu den Ergebnissen gehört auch die Überlegung, daß die Verstrickung aller in die herrschenden Diskurse und also auch in die Reproduktion und Bestätigung rassistischer Auffassungen so stark ist, daß mit ständigem Argumentieren und Reden dagegen nur wenig auszurichten ist. Um etwas zu ändern, wäre mehr nötig, zumindest eine Änderung im Bildungssystem. Vorschläge zur Erarbeitung von Materialien für eine veränderte Ausbildung werden gemacht.

S. Jäger: BrandSätze. Rassismus im Alltag. DISS-Studien, Duisburg '93 — (unl)

„BrandSätze“

Eine Untersuchung über Rassismus im Alltag

Vom Duisburger Institut f. Sprach- u. Sozialforschung

so weit sie gezielt zur Erzeugung von Stimmungen und Handlungsbereitschaften eingesetzt werden, noch nicht einmal Ausdruck der Wirklichkeit, sondern sie sind Konstruktionen, durch die ein bestimmter Teil der Wirklichkeit im Interesse derjenigen, die über Macht verfügen, erst erzeugt wird. In diesem Sinne wird zum Beispiel der Begriff „Asylant“ als „Killwort“ bezeichnet. Der Gebrauch, den etliche der befragten Personen von diesem Begriff machen, spricht dafür, daß die Absicht der Herrschenden, einem Teil der Flüchtlinge, die in die BRD kommen, den Status von Menschen abzusprechen, gelungen ist. Wenn z.B. jemand sagt, sie „haben doch so eine dunkle Haut und andere Augen“ und ein anderer, man erkenne sie „an der Rasse, das sieht man doch“, dann sagt Jäger zu Recht, der „Asylant“ sei eine „bloß imaginierte Schreck- und Droh-

Erarbeitung eines Rassismusbegriffs, der es erlaubt, nach bestimmten Elementen dieses vermuteten Rassismus, in den über den „Interdiskurs“ die ganze Bevölkerung verstrickt ist, zu suchen. Zugrundegelegt wird folgende Definition: „Bei allen Unterschieden im Detail kann unter Rassismus ... eine Einstellung verstanden werden, die genetisch bedingte oder/und kulturell bedingte Unterschiede, die man bei Angehörigen von Minderheiten feststellen kann oder feststellen zu können glaubt, i.R. negativ ... bewertet und daß diese Bewertung aus der Position der Macht heraus geschieht, die sich i.R. bereits durch die Mehrheitszugehörigkeit ergibt ... Wird eine ... als ‚Rasse‘ konstruierte Gruppe gegenüber der eigenen als minderwertig eingestuft und führt diese Auffassung zur Ausgrenzung und Marginalisierung dieser Gruppe, handelt

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/ Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/ Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
 Straße:
 Postleitzahl/Ort:
 Konto-Nr./BLZ:
 (Bank Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln (zur Zeit verboten), Christoph Corrides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Föcher (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czerninski Str. 5, 10829 Berlin). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19-507. Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo

kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ullrich Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweise: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volkfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volkfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 50674 Köln, Zulpicher Straße 7 Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73 GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg Tel. 040/2204278, Fax: 040/2297419 GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninski Str. 5, 10829 Berlin Tel. 030/7815222 GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover Tel. 0511/3520816 GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73 GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 110822, 60043 Frankfurt Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621537 GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112 GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz Tel. 0342/04/2093